

E+Z

MONATLICHES E-PAPER

ENTWICKLUNG UND
ZUSAMMENARBEIT

DEVELOPMENT AND
COOPERATION

Internationale
Zeitschrift

ISSN
2366-7249
Februar 2019

E+Z

D+C

URBANISIERUNG

Schnell wachsende Städte
brauchen umweltfreundliche
Verkehrssysteme

POPULISMUS

Weshalb viele Brasilianer
Demokratie nicht mehr
für wichtig halten

KUNSTHANDWERK

Alte bengalische Tradition
unterstützt mittlerweile
Emanzipation von Frauen



Globale Umweltkrise

Monitor

Nachhaltige Mobilitätsmodelle | Paul Colliers neues Buch zur Zukunft des Kapitalismus | Heutzutage: Fake News in Indonesien | Impressum 4

Debatte

Kommentare zur Süd-Süd-Kooperation, zum Rechtsruck der ecuadorianischen Regierung und zum Finanzskandal in Benin 8

Tribüne

CARLOS ALBUQUERQUE
Warum Brasiliens Demokratie in einer tiefen Krise steckt 11

INTERVIEW MIT JOACHIM NAGEL
„Entwicklung ist kein 100-Meter-Lauf, sondern ein Marathon“ 13

ADITI ROY GHATAK
Traditionelle bengalische Stickerei verändert das Leben vieler Frauen 15

Schwerpunkt: Globale Umweltkrise

CARMEN JOSSE
Lokale Gemeinschaften sind unverzichtbar beim Schutz der Amazonaswälder 18

FATIMA ARKIN
UN-Arbeitsgruppe für Plattform Lokaler Gemeinschaften und Indigener Völker 19

KERSTIN OPFER
Agroforstprogramm der High Atlas Foundation zugunsten der Armen in Marokko 21

KARIM OKANLA
Die Umgebung von Savè, einer Kleinstadt in Benin, wird abgeholzt und zerstört 22

CAROLYN WILLIAMS-GERDES
Erdbeben in Freetown 2017 als Folge verkehrter Stadtplanung 24

INTERVIEW MIT ANITHA REDDY
Südindische Bauern schützen die Artenvielfalt durch den Anbau von Landrassen 26

JENNY KRUTSCHINNA
Warum Klimaschutz allein die Korallenriffe nicht retten kann 29

STEPHAN OPITZ
Einbeziehung der Bevölkerung und dauerhafte Finanzierung sind Voraussetzungen für sinnvollen Naturschutz 30

INTERVIEW MIT DIRK MESSNER
Die globalen Umweltveränderungen sind untereinander vernetzt 32

AVIVA FREUDMANN
Wachsende Müllberge verursachen Gesundheitsprobleme und Umweltschäden 34

SCHWERPUNKT

Globale Umweltkrise

Lokale Gemeinschaften sind wichtig

Die Menschheit kann es sich nicht leisten, die Wälder des Amazonas zu verlieren, aber die Entwaldung schreitet voran. Anerkannte indigene Gebiete dienen als Schutzbarriere, berichtet Carmen Josse von der Fundación EcoCiencia in Ecuador. In Marokko führt die High Atlas Foundation ein armutsorientiertes Agroforstprogramm durch, das die Lebensgrundlagen der Menschen und die Umweltbedingungen verbessert. Der Schlüssel zum Erfolg ist der partizipative Ansatz, schreibt Kerstin Opfer, die das Programm evaluiert hat. Der Medienwissenschaftler Karim Okanla untersucht, warum Gemeinden die Entwaldung um Savè im ländlichen Benin vorantreiben. Carolyn Williams-Gerdes nahm nach einem verheerenden Erdbeben in Freetown in Sierra Leone im Jahr 2017 an einer UNDP-Mission teil. Sie zog daraus die Lehre, dass die Stadtplanung vielfältige Umweltfragen berücksichtigen muss.

SEITEN 18, 21, 22, 24

Biodiversität schützen

Die Hightech-Landwirtschaft bedroht die ländliche Biodiversität. Bio-Landbau mit traditionellen Landrassen ist eine nachhaltige Alternative. Sahaja Samrudha, eine nichtstaatliche Organisation in Indien, fördert dies, erläutert die Kommunikationschefin Anitha Reddy. Tropische Korallenriffe werden aufgrund ihrer großen Artenvielfalt oft mit Regenwäldern verglichen. Trotz ihres unschätzbaren Wertes für die Menschheit sind sie bedroht, warnt Jenny Krutschinna von der NGO Reef Check. Stephan Opitz von der KfW Entwicklungsbank zieht Lehren aus 30 Jahren Naturschutzfinanzierung. **SEITEN 26, 29, 30**

Klimawandel als größte Gefahr

Das Erdsystem verändert sich dramatisch mit Auswirkungen auf Umwelt und Leben der Menschen. Dirk Messner, Direktor des Instituts für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen, erklärt die größten Risiken – und welche globalen Veränderungen zu deren Bewältigung notwendig sind. **SEITE 32**

Vom Müll überflutet

Die Welt versinkt im Müll. Laut einer aktuellen Studie der Weltbank wird die Weltbevölkerung bis 2050 voraussichtlich 3,4 Milliarden Tonnen Siedlungsabfälle pro Jahr erzeugen – gegenüber 2,0 Milliarden Tonnen im Jahr 2016. Die Journalistin Aviva Freudmann fasst die erwarteten Folgen zusammen. **SEITE 34**

Offensichtliche Probleme

Vor kurzem habe ich mir mit meiner Familie ein frisch präpariertes Walskelett angesehen. Der junge Pottwal gehörte zu einer Gruppe von rund 30 Bullen, die sich vor drei Jahren in die Nordsee verirrt und nicht mehr herausgefunden hatten. Die Universität Gießen hatte sich einen Kadaver gesichert und präsentierte das Skelett nun der Öffentlichkeit. Warum die Wale sich auf ihrem Weg vom Polarmeer Richtung Süden verschwommen haben, ist nicht klar. Eine Theorie besagt, dass sie ihrer Nahrung folgten, Schwärmen von Tintenfischen, denen es normalerweise in der Nordsee zu kalt ist. Dass die Kalmare 2016 offenbar in großer Zahl in das ungewohnte Gewässer kamen, könnte an gestiegener Wassertemperatur liegen oder an heftigen Stürmen, die zu der Zeit über dem Nordostatlantik tobten und die Strömungen veränderten. Eine andere Theorie geht von Unterwasserlärm durch Schiffe und Bohrinnseln aus, der die Orientierung der Wale störte. Ob die Wale überhaupt menschengemachten Veränderungen ihrer Umwelt zum Opfer fielen, ist allerdings nicht sicher. Auch Sonneneruptionen, die das Magnetfeld der Erde beeinflussten, sind eine mögliche Ursache.

In jedem Fall verdeutlicht ein gestrandeter Wal anschaulich die Fragilität von Ökosystemen. Und er löst Emotionen aus. Als großes Säugetier ist der Wal uns ähnlich. Seine Brustflossen sehen aus wie menschliche Hände – zumindest als Skelett. Das hat meine Kinder stark beeindruckt. Die Symbolhaftigkeit und die Fähigkeit, Menschen auf der Gefühlsebene anzusprechen, verbindet den Wal mit anderen Tieren wie dem Eisbär oder dem Orang-Utan, die Umweltschutzgruppen gerne für Kampagnen gegen die Erderwärmung beziehungsweise die Abholzung von Urwäldern nutzen. Das ist legitim. Aber es geht nicht um das Überleben einzelner Spezies. Für das Erdsystem ist es vermutlich irrelevant, ob der Pottwal, der Eisbär oder der Orang-Utan ausstirbt. Relevant ist das Ausmaß des Artensterbens insgesamt, das noch nie so schnell verlief wie derzeit. Wirklich gefährlich ist das Risiko, dass ganze Ökosysteme zusammenbrechen, dass „Kippunkte“ erreicht werden, die die Umwelt unumkehrbar verändern.

Der Mensch ist zweifellos der Treiber der großen Umweltveränderungen, die wir derzeit erleben. Durch Übernutzung von Ressourcen, durch den Müll und die Emissionen, die wir – vor allem in den Industrieländern – produzieren, durch unsere gesamte Wirtschaftsweise beschleunigen wir die Dynamiken rasant. Das zu ändern ist eine globale Aufgabe, weshalb sich die UN richtigerweise seit vielen Jahren darum kümmern. Bereits beim Weltgipfel in Rio de Janeiro 1992 einigte sich die internationale Gemeinschaft darauf, weltweit nachhaltige Entwicklung anzustreben. Sie verabschiedete wichtige Dokumente wie die Klimaschutz-Konvention, die Biodiversitätskonvention, die Walddeklaration und die Konvention zur Bekämpfung der Wüstenbildung. Viele weitere Abkommen sind seitdem hinzugekommen, in jüngerer Zeit vor allem die Agenda 2030 mit den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDGs) und der Klimavertrag von Paris. Woran es noch hapert, ist die Realisierung.

Doch Resignation ist fehl am Platz. Die UN veranstalten im September in New York nach vier Jahren wieder einen Nachhaltigkeitsgipfel. Von ihm muss ein starker Impuls für die Umsetzung der bedeutenden internationalen Vereinbarungen ausgehen.

► Alle Schwerpunkttexte und weitere Beiträge zum Thema stehen auch auf unserer Website und sind ab nächsten Monat in unserem Dossier zu finden.



KATJA DOMBROWSKI
ist Redakteurin von E+Z
Entwicklung und Zusammenarbeit/
D+C Development and Cooperation.
euz.editor@fazit-communication.de

Debatte



Ärger über Rechtsruck

Lenín Moreno, der Kandidat der regierenden Mitte-links-Partei Alianza País (AP), wurde im Mai 2017 neuer Präsident Ecuadors. Der Rechtstrend in Lateinamerika schien gebrochen. Doch statt die sozialdemokratische Politik Rafael Correas weiterzuführen, verfolgt Moreno eine rechtskonservative Politik, schreibt der Wissenschaftler Timm Benjamin Schützhofer. **SEITE 9**

Tribüne



Tradition mit modernem Nutzen

Kantha, eine traditionelle Stickerei in Ostindien und Bangladesch, ändert heute das Leben vieler bengalischer Dorffrauen auf positive Weise. Was früher bloßer Zeitvertreib war, wird heute geschäftlich betrieben – und schafft so neue Chancen, fand die Wirtschaftsjournalistin Aditi Roy Ghatak aus Kolkata heraus. **SEITE 15**

Entwicklung ist ein Marathon

Seit einem Jahr ist Joachim Nagel als Vorstandsmitglied für die internationalen Finanzierungen der KfW Bankengruppe zuständig. Die KfW Entwicklungsbank hat den Auftrag, nachhaltige Projekte im Ausland zu fördern. Wie und wie gut dies gelingt, erläutert Nagel im Interview. **SEITE 13**

PERSONENTRANSPORT

Mobilität neu denken

Der Bedarf an Mobilität in den Städten der Schwellen- und Entwicklungsländer wird immer größer. Während es in Ländern des globalen Nordens darum geht, den Autoverkehr zu minimieren und sauberer zu machen, stehen viele Länder des globalen Südens vor ganz anderen Problemen. Dort gibt es meist noch keinen massenhaften Autoverkehr, und es fehlt an einem guten öffentlichen Verkehrssystem. Experten diskutieren über zukunftsfähige und nachhaltige Lösungen.

Von Sabine Balk

In den Industrieländern geht es darum, die Menschen weg vom Pendeln mit dem Auto zu bewegen und den öffentlichen Verkehr auszubauen und zu verbessern. Es wird viel über die Möglichkeiten von e-Mobilität, also emissionsfreien Autos oder Bussen mit Elektromotor, diskutiert. Eine weitere Idee, um die Blechlawinen auf den Straßen einzudämmen, ist die gemeinschaftliche Nutzung von Autos, organisiert über Unternehmen wie Uber oder Zipcar.

Der globale Süden steht vor ganz anderen Herausforderungen, verdeutlicht Shreya Gadepalli vom Institute for Transportation and Development Policy (ITDP), einer globalen NGO, die weltweit an Design und Umsetzung von nachhaltigen Transportsystemen arbeitet. Die am meisten genutzten Transportmittel in Indien seien beispielsweise „die Füße oder das Fahrrad“. Und das nicht, weil die Inder so umweltbewusst sind, sondern weil es schlichtweg keine Alternative gibt. Ein öffentlicher Verkehr ist laut Gadepalli in Indien noch kaum vorhanden: Nur zwei Prozent der Fahrten würden mit der Metro, neun Prozent mit der Bahn und 18 Prozent mit Bussen getätigt. Alles sonst laufe über informelle Wege wie private Minibusse oder Rikschas.

Gadepalli spricht sich vehement dagegen aus, den Autoverkehr auszubauen. Es sei ein umweltschädliches und nicht nachhaltiges Fortbewegungsmittel und eine Form von Konsum. „Wir müssen Straßen zum Gehen bauen.“ Ihrer Meinung nach müssen kluge Verkehrskonzepte erstellt

werden, die sich hauptsächlich auf ein umfangreiches Busnetz stützen. Der Busverkehr muss subventioniert werden, forderte sie auf dem Development Finance Forum (DFF), das die KfW Entwicklungsbank Ende Dezember in Frankfurt organisierte.

die Gefahr bestehe, dass es eine Entwicklung wie im globalen Norden geben könne: „Früher, als wir arm waren, sind wir zu Fuß gegangen oder Rad gefahren. Als wir reicher wurden, haben wir uns alle Autos gekauft.“ Jetzt sei die Frage, wie man wieder von den Autos wegkomme und in Schwellen- und Entwicklungsländern erst gar nicht darauf setze.

Gadepalli hat darauf vor allem eine Antwort: das Autofahren teuer machen und den Busverkehr billig, am besten kostenlos. Am Ende sei immer das Geld entscheidend.



Die Städte in Entwicklungs- und Schwellenländern brauchen neue Mobilitätslösungen: Verkehr in Neu-Delhi.

ITDP hat schon einiges erreicht, erklärt Gadepalli. Sie beriet beispielsweise die indischen Städte Pune und Chennai. Dort gab es vor zehn Jahren überhaupt keine Gehwege. ITDP machte deutlich, dass Gehwege die Sicherheit auf den Straßen verbessern, und jetzt seien bereits 100 Kilometer Gehwege vorhanden.

Matthew Baldwin, Mobilitätsexperte der Europäischen Kommission, warnt, dass in Schwellen- und Entwicklungsländern

Der US-Thinktank World Resources Institute (WRI) arbeitet an Konzepten, wie Städte und Mobilität in allen Weltregionen in Zukunft aussehen sollten. Aniruddha Dasgupta vom WRI ist überzeugt davon, dass eine Mobilitätswende vonnöten ist, damit die Städte lebenswert bleiben.

Er stellte seine Thesen beim DFF in Frankfurt vor:

- Nicht nur an Mobilität, sondern auch an Erreichbarkeit und Anschluss denken.

Die Verkehrsplanung muss „inklusiv“ sein, das heißt, alle Verkehrsteilnehmer sollten mit allen Transportmitteln Anschluss bekommen. Das beinhaltet zum Beispiel, dass zu Bus- und Bahnstationen Fuß- und Radwege führen und Park-and-Ride-Plätze vorhanden sind. An Bahn- und Busstationen sollte es Anschlussverbindungen geben.

- Der Massentransport darf nicht vergessen werden. Strecken, die viele Menschen fahren, sollten mit Stadtbahnen ausgestattet werden. Dabei spielt die Finanzierung natürlich eine entscheidende Rolle, betont Dasgupta. Diese Aufgabe müssen Staat, Entwicklungsbanken und Privatun-

ternehmen gemeinsam übernehmen (siehe Kasten unten). Ein Beispiel ist der Metrobau im indischen Nagpur, den die KfW mit einem Förderkredit unterstützt (siehe meinen Beitrag in Tribüne E+Z/D+C e-Paper 2019/1).

- Daten sind die Zukunft und müssen als Infrastruktur betrachtet werden. Anhand von Daten können Mobilitätsbedarf und -ströme erkannt, organisiert und optimiert werden. Dasgupta kritisiert, dass die meisten Daten wie zum Beispiel Google Maps in Händen von Privatunternehmen sind, und plädiert dafür, dass diese Daten in die öffentliche Hand gelangen. Ein Beispiel, wie Daten zur Verbesserung genutzt werden

können, bietet WhereIsMyTransport. Das US-Unternehmen erfasst in afrikanischen und lateinamerikanischen Städten Routen, Zeitpläne und Art der informellen Transportmittel. Diese Daten werden von Organisationen wie der Weltbank, der GIZ, KfW oder Kommunen angefordert. Ein Ziel ist etwa, informelle Busunternehmen dabei zu unterstützen, ein formales Unternehmen zu gründen.

Dasgupta plädiert für Kreativität bei einer sich ändernden Nachfrage und sieht die Aussichten für eine neue Mobilität positiv: „Ein technologischer Wandel ist möglich – auch in sehr kurzer Zeit.“

50 Stadtbahnlinien pro Jahr

Der Bedarf an Verkehrsinfrastruktur in Entwicklungs- und Schwellenländern ist enorm. Ohne das Engagement des Privatsektors ist er nicht zu decken. Ein Grund dafür ist, dass den Regierungen das Geld fehlt, ein anderer, dass Privatunternehmen über unverzichtbare Fachkenntnisse und Erfahrungen verfügen. Für sie ist die Sicherheit der Investitionen ein entscheidender Faktor. Öffentlich-private Partnerschaften (ÖPPs) können eine Lösung sein.

Allein in Asien werden laut James Leather von der Asiatischen Entwicklungsbank (Asian Development Bank – ADB) jährlich bis zu 100 Milliarden Dollar für die öffentliche Verkehrsinfrastruktur benötigt. Etwa 50 Stadtbahnlinien müssten jedes Jahr gebaut werden, um den Bedürfnissen von immer mehr Stadtbewohnern gerecht zu werden, schätzt er: „Der Bedarf an Investitionen des Privatsektors ist riesig.“ Ein positives Beispiel, das er auf dem Development Finance Forum der KfW im Dezember in

Frankfurt erwähnte, ist Bangkok. Die thailändische Hauptstadt nutzte ÖPPs für den Bau von Nahverkehrszügen und Mautstraßen. „Die Regierung hätte es allein nicht getan“, sagt Leather.

Auch Lateinamerika braucht mehr und bessere Verkehrsinfrastruktur. „In Brasilien müssen wir sie mehr als verdoppeln“, sagt Anie Amicci von der brasilianischen Entwicklungsbank BNDES. Die Beiträge des Privatsektors seien unerlässlich, allerdings sei „das Investitionsumfeld schwierig“. Die Straßenbahn in Rio de Janeiro (siehe KfW-Beilage in E+Z/D+C Druckheft 09-10/2018) sei ein Best-Practice-Beispiel. Doch laut Amicci ist es schwierig zu kopieren, denn die Privatwirtschaft verlange mehr Garantien, als die Kommunen bisher böten. Sie sieht große Herausforderungen für Brasilien, denen sich die Regierung stellen müsse. Wichtig sei ein geeigneter Regulierungsrahmen: „Wir sind dabei, Verkehrsbehörden auf nationaler und kommunaler Ebene einzu-

richten, die einen guten Überblick über das System haben.“ Zu den Herausforderungen gehöre auch, den informellen Verkehr zu formalisieren und ein einheitliches Ticketsystem für alle Verkehrsmittel einzuführen. Zudem benötige der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) Subventionen, „denn die Fahrpreise werden die Kosten in Brasilien niemals decken“.

Für Reinhard Fitz von der österreichischen Firma Doppelmayr, die in der bolivianischen Hauptstadt La Paz und anderen Ballungsräumen weltweit Seilbahnen für den Nahverkehr gebaut hat, liegt der Schlüssel für Investitionen in einer „starken Partnerschaft“. „Wir brauchen eine verlässliche Zusammenarbeit, die Regierung sollte von Anfang an beteiligt sein“, sagt er. Sein Unternehmen will Garantien, dass Subventionen fließen, wenn die Einnahmen unter ein bestimmtes Niveau sinken. Andererseits sollten die Partner aus dem öffentlichen und privaten Sektor die Einnahmen teilen, wenn sie ein bestimmtes Niveau überschreiten. Fitz weist auch darauf hin, dass Investitionen bereits in Projektvorberei-

tungsphasen nötig sind – etwa für Machbarkeitsstudien – und hält eine Beteiligung der öffentlichen Hand hierbei für geboten, da der ÖPNV eine öffentliche Dienstleistung sei.

Diese Ansicht wird in Lateinamerika laut Paloma Ruiz von der lateinamerikanischen Entwicklungsbank Corporación Andina de Fomento (CAF) mehrheitlich nicht geteilt. Subventionen seien daher die Ausnahme. Ruiz fordert einen Sinneswandel: „Das Auto ist nicht mehr der König“, und „die Verbesserung der Beförderung ist Teil der Verbesserung der Lebensqualität“. In Lima zum Beispiel, wo es fast keinen ÖPNV gebe, stiegen die Mittel- und Oberschicht zunehmend aufs Fahrrad um – nicht aus Umweltbewusstsein, sondern weil der Verkehr schrecklich sei und Fahrräder schneller als Autos. Ruiz fordert, die Bedingungen für Fußgänger zu verbessern und Stadtbahnen und Schnellbussysteme (Bus Rapid Transit – BRT, siehe Nicholas Hollmann in E+Z/D+C e-Paper 2016/10, Schwerpunkt) in Großstädten einzuführen. „Das ist eine große Entwicklungsherausforderung.“

Katja Dombrowski

VOLKSWIRTSCHAFTLICHE DOGMEN

Wechselseitige Pflichten

Paul Colliers neues Buch „The future of capitalism“ ist eine Reaktion auf das Brexit-Referendum und die Wahl Donald Trumps zum US-Präsidenten. Der VWL-Professor aus Oxford untersucht, weshalb sich viele Wähler im Stich gelassen fühlen und wie soziale Inklusion zu stärken wäre.

Von Hans Dembowski

Collier schreibt, sein Berufsstand trage einen Teil der Verantwortung für den Aufstieg von Rechtspopulisten. Er habe marktradikale Doktrinen propagiert und damit die Gesellschaft verzerrt. Es sei schlicht falsch, dass dem Gemeinwohl am besten gedient sei, wenn jeder sich nur um seine eigenen Interessen kümmerge. Der VWL-Professor betont, Adam Smith habe zwar festgestellt, dass Altruismus nicht nötig und die Verfolgung eigener Interessen legitim sei – er habe aber zugleich die Bedeutung wechselseitiger Verpflichtungen betont. Collier betont, der schottische Moralphilosoph hätte nie für „Geiz ist geil“ oder dergleichen geworben. Solche Slogans nährten den Egoismus.

Der prominente Entwicklungsökonom schreibt, Privatunternehmen müssten mehr tun, als nach Profiten zu streben. Ihre Beschäftigten müssten ihre Arbeit als sinnvoll erkennen. Zudem müssten Firmen die Bedürfnisse und Interessen vieler verschiedener Akteure berücksichtigen. Die Gesetzgebung, schreibt Collier, sollte sie darauf festlegen. Marktorthodoxe Doktrinen hätten dagegen soziale Klüfte wachsen lassen.

Weil Ökonomen allzu simple Lösungen propagiert hätten, sollten sie aus Colliers Sicht nun öffentlich für dreifaches Versagen Schuld anerkennen:

- Es sei zwar richtig, dass internationaler Handel alle beteiligten Volkswirtschaften insgesamt wohlhabender mache, ohne faire Umverteilung der Zuwächse würden aber manche Bevölkerungsgruppen ärmer.
- Es stimme zwar, dass Überregulierung die Wirtschaft bremse – zu geringe Regulierung sei aber auch schädlich. So könnten etwa multinationale Konzerne heute Steuern weitgehend vermeiden, weil ihre vielen

Tochterunternehmen in aller Welt keiner kohärenten Gesetzgebung unterlägen (siehe Schwerpunkt über Steuerpolitik in E+Z/D+C e-Paper 2018/01).

- Migration nütze sowohl den Menschen, die im Ausland gut bezahlte Jobs fänden, sowie deren Arbeitgeber – sie mache aber das Leben für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen Einkommen härter, weil die Konkurrenz um erschwierlichen Wohnraum sowie um attraktive Beschäftigungschancen zunähme.

Die Politik habe auf diese Probleme nicht angemessen reagiert, konstatiert Collier. Grundsätzlich findet er, drei Kategorien von Pflichten sollten Gesellschaften binden:

- Wer existenziell Not leide, habe Anspruch auf Hilfe.
- Alle profitierten darüber hinaus von wechselseitigen Verpflichtungen.
- Systeme wechselseitiger Pflichten könnten im aufgeklärten Eigeninteresse aller Parteien erweitert werden.

Diese Grundsätze wendet der Wirtschaftswissenschaftler auch auf internationale Beziehungen an. Die internationale Staatengemeinschaft habe beispielsweise das World Food Programme, die World Health Organization und andere Institutionen geschaffen, deren Kernaufgabe die Rettung Bedürftiger sei. Derweil Sorge der UN-Sicherheitsrat im Sinne wechselseitiger Verpflichtung für Frieden – könne das aber nur tun, wenn die permanenten Mitglieder kollektives Handeln nicht blockierten.

Collier warnt indessen, manche internationale Organisationen seien zu quasi-imperialen Körperschaften geworden. Der Internationale Währungsfonds (IWF) sei ursprünglich als eine Art Bank auf Wechselseitigkeit gedacht gewesen, habe sich aber zum Machtinstrument entwickelt, mit dem reiche Nationen in Krisensituationen ärmeren Ländern politische Konzepte aufdrückten (siehe Schwerpunkt in E+Z/D+C e-Paper 2018/08).

Ähnlich schätzt Collier auch die EU ein. Sie sei nicht mehr klar als Club sich gegenseitig unterstützender Mitglieder zu erkennen. Stattdessen schrieben mächtige Länder zunehmend den anderen vor, was zu tun sein. Die tonangebenden Länder hätten Konflikte mit den östlichen sowie südlichen Nachbarn – und darüber hinaus mit Britannien.

Collier will, dass der Kapitalismus kompetent reguliert wird. Märkte erzeugten Wohlstand, der im Sinne wechselseitiger Verpflichtungen fair geteilt werden sollte. Folglich sei der richtige Weg der Armutsbekämpfung in Entwicklungsländern, wirtschaftliche Rahmenbedingungen zu schaffen, die verantwortungsvolle Unternehmer, die Collier von bloßen Profiteuren unterscheidet, attraktiv fänden.

Colliers Ausführungen sind plausibel. Sein kurzes Buch bietet nicht auf alle relevanten Fragen eine Antwort, aber es hilft zu verstehen, weshalb Rechtspopulisten in reichen Ländern Zulauf haben. Es erklärt indessen nicht, weshalb frustrierte Bürger unverantwortliche Politiker wählen, die alles nur noch schlimmer machen.

BUCH

Collier, P., 2018: The future of capitalism. Facing the new anxieties. London: Allen Lane.



Manche Briten finden internationale Regeln noch immer gut: Anti-Brexit-Protest in London.

Falschinformation bekämpfen

Fast 2500 indonesische Medienschaffende sind vergangenes Jahr fortgebildet worden, um Informationen aus dem Internet auf ihren Wahrheitsgehalt zu prüfen. Angesichts der kommenden Präsidentschaftswahlen im April 2019 werden die Anstrengungen erhöht, Desinformation effektiv zu bekämpfen.

Die indonesische Journalistenorganisation „Alliance of Independent Journalists Indonesia“ (AJI) hat rund 2000 Mitglieder. Im Jahr 2018 kooperierte AJI mit der Google News Initiative, um mehr als 1000 Journalisten und fast 1500 Bürgerjournalisten beizubringen, wie man den Wahrheitsgehalt von Texten, Fotos und Videos auf Social-Media-Plattformen überprüft (siehe Alphonse Shiundu im Schwerpunkt E+Z/D+C e-Paper 2018/05).

Der AJI-Vorsitzende Abdul Manan erklärt, dass immer mehr Informationen immer schneller in Umlauf seien. Um Online-Informationen zu überprüfen, müsse „die journalistische Kompetenz erhöht werden“. Und man müsse mit den technischen Entwicklungen mithalten können.

In vielen Ländern ist Desinformation vor allem während Wahlkämpfen an der Tagesordnung, so etwa bei den indonesischen Präsidentschaftswahlen 2014. Damals dominierten Falschmeldungen den Cyberspace. Diese „Fake News“ waren mit politischen, rassistischen und religiösen Untertönen aufgeladen.

Leider verbreiten auch einige Massenmedien Falschinformationen und verstärken so die Polarisierung der Gesellschaft. Manan warnt davor, dass Journalisten Gefahr liefen, von bestimmten Gruppen zu Propagandazwecken manipuliert zu werden, wenn sie nicht imstande seien, Fake News zu identifizieren.

In Indonesien nutzen mehr als 132 Millionen Menschen (50,4 Prozent der Gesamtbevölkerung) das Internet. Eine Umfrage durch die „Indonesian Internet Service Providers Association“ (APJII) ergab, dass die Mehrheit das Internet für Social Media nutzt (fast 90 Prozent). Allerdings sind Social Media oft eine Quelle der Desinformation.

Die Anti-Defamation Society of Indonesia (Mafindo) ist eine zivilgesellschaftliche Organisation, die sich auf Faktencheck konzentriert. Eine neue Analyse von Mafindo zeigt, dass die Falschinformationen von Juli bis September 2018 zugenommen haben. Laut dem Mafindo-Vorsitzendem Setiaji Eko Nugroho sind rund 59 Prozent der Falschmeldungen „politisch belastet“.

Ein Beispiel der viralen Desinformation betrifft ausländische Arbeiter aus China, die verdächtigt werden, die „Rote Armee“ der chinesischen kommunistischen Partei zu sein. Diese Falschinformation wurde zum ersten Mal am 20. September 2018 veröffentlicht und dann 63 000 Mal auf Facebook geteilt.

Redakteurin Inggried Dwi Wedhaswary von der Website kompas.com, die die Fakt-Checking-Fortbildung von AJI und Google News Initiative mitgemacht hat, meint, diese sei sehr nützlich gewesen. „Unsere Leser sind an den Ergebnissen unserer Überprüfungen interessiert.“

LINKS

Alliance of Independent Journalists (AJI):
<https://aji.or.id/>

Anti-Defamation Society of Indonesia (Mafindo):
<https://turnbackhoax.id/>



IKA NINGTYAS
ist freie Journalistin. Sie lebt in Java, Indonesien.

ika_bwi@yahoo.com

IMPRESSUM

E+Z ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
60. Jg. 2019

Die Zeitschrift erscheint auf Englisch als D+C Development and Cooperation.
Internet: www.DandC.eu
D 12 104 ISSN 0721-2178

E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit wird vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung finanziert und von ENGAGEMENT GLOBAL herausgegeben. Zeitschrift und Website sind nicht als Regierungssprachrohr konzipiert, sondern sollen ein kontroverses Diskussionsforum für Politik, Praxis, Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf internationaler Ebene schaffen. D+C Development and Cooperation ist der inhaltsgleiche englischsprachige Zwilling.

ENGAGEMENT GLOBAL gGmbH
Service für Entwicklungsinitiativen
Tulpenfeld 7
D-53113 Bonn
Tel. (02 28) 2 07 17-0, Fax (02 28) 2 07 17-150
www.engagement-global.de

BEIRAT:
Thomas Loster, Prof. Dr. Katharina Michaelowa,
Prof. Dr. Dirk Messner, Petra Pinzler, Hugh Williamson

VERLAG:
FAZIT Communication GmbH
Geschäftsführer: Peter Hintereder und Hannes Ludwig

ANSCHRIFT VON VERLAG UND REDAKTION:
Frankenallee 71–81
D-60327 Frankfurt am Main
Zugleich auch ladungsfähige Anschrift für alle im Impressum genannten Verantwortlichen und Vertretungsberechtigten.

REDAKTION:
Dr. Hans Dembowski (Chefredakteur, V.i.S.d.P.), Sabine Balk,
Katja Dombrowski, Monika Hellstern, Sheila Mysorekar,
Dagmar Wolf (Assistentin)
Tel. (0 69) 75 91-31 10
euz.editor@fazit-communication.de
Mitteilung gemäß § 5 Absatz 2 Hessisches Gesetz über Freiheit und Recht der Presse: Gesellschafter des Unternehmens sind die Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH (40%) und die Frankfurter Societät GmbH (60%).
Artdirector: Sebastian Schöpsdau
Layout: Jan Walter Hofmann
Übersetzung: Eleonore von Bothmer

ANZEIGEN, ABONNEMENTS UND VERTRIEB:
FAZIT Communication GmbH
c/o InTime Media Services GmbH
Postfach 1363
D-82034 Deisenhofen
Tel. (0 89) 8 58 53-8 32
Fax (0 89) 8 58 53-6 28 32
fazit-com@intime-media-services.de

DRUCK:
Westdeutsche Verlags- und Druckerei GmbH
Kurfürstenstraße 4–6
D-64546 Mörfelden-Walldorf

Die vollständige oder auszugsweise Weiterverwendung der in E+Z Entwicklung und Zusammenarbeit und D+C Development and Cooperation veröffentlichten Textbeiträge in anderen Medien ist mit Angabe der Quelle gestattet, sofern der E+Z/D+Z-Redaktion zwei Belegexemplare beziehungsweise die Links zu den jeweiligen Webseiten gestellt werden. Diese pauschale Genehmigung gilt nicht für die von uns verwendeten Bilder, Landkarten und sonstige Beiträge, bei denen das Copyright bei der Veröffentlichung separat und ausdrücklich vermerkt wird.

Namentlich gekennzeichnete Beiträge stellen nicht in jedem Falle die Meinung von Herausgeber und Redaktion dar.

BEZUGSPREISE FÜR DRUCKAUSGABE:
Einzelpreis: 2,20 €, Jahresabonnement Inland: 14,00 €, Jahresabonnement Ausland: 18,00 € (inkl. Versandkosten).



ENTWICKLUNGSKREDITE

Begrenzte Souveränität

„Süd-Süd-Kooperation“ ist kein klarer Begriff. Verschiedene Leute verstehen darunter verschiedene Dinge. Es wäre gut, wenn der UN-Gipfel zum Thema im März in Buenos Aires klarere Definitionen beschlösse.

Von Hans Dembowski

Was als Entwicklungshilfe (official development assistance – ODA) gilt, bestimmen klare Regeln, denn die etablierten Wirtschaftsmächte haben sich verpflichtet, Entwicklungsländer mit ODA zu unterstützen. Süd-Süd-Kooperation ist sicherlich ähnlich wichtig, aber das Konzept ist für sinnvolle Vergleiche zu vage.

Manchmal wird es romantisch überhöht. In einer Veröffentlichung des South Centre (Research Paper 88, November 2018) stand kürzlich, es handele sich um einen „hierarchie-freien Ausdruck der Solidarität zwischen gleichen Partnern“. Das South Centre gehört Ländern aus dem globalen Süden. Der Autor schloss jegliche Form des Austauschs zwischen Entwicklungs- und Schwellenländern in den Begriff ein – von Handel über Direktinvestitionen bis hin zu ODA-ähnlichen Darlehen.

Das klingt politisch korrekt, ist faktisch aber falsch. Mächtige Schwellenländer wie China, Indien oder Brasilien sind für die geringstentwickelten Länder keine gleichrangigen Partner. Wer riesige Kredite vergeben kann, ist offensichtlich Partner, die dieses Geld dringend brauchen, deutlich überlegen. Zudem haben Rohstoffexporteure andere Interessen als ein rohstoffverarbeitendes Zentrum der Industrieproduktion wie China. Relevant ist zudem, dass Chinas Beziehung zu Indien oder Brasilien durchaus spannungsreich ist.

China ist das zweitmächtigste Land der Welt und spielt global eine wachsende Rolle. Seine „Belt and Road Initiative“ (BRI) finanziert und baut Infrastruktur in vielen Ländern Asiens, Afrikas und Europas. Es geht um Straßen, Häfen, Kraftwerke und derlei mehr. Auch in Lateinamerika ist die Volksrepublik entsprechend engagiert.

Alle betroffenen Länder brauchen dringend mehr und bessere Infrastruktur. Dennoch gibt es Kritik an China. Es agiert intransparent; die Öffentlichkeit weiß nicht, welche Finanzverpflichtungen entstehen. Obendrein misslingen manche Vorhaben, und Staaten müssen dann Kredite bedienen, die sich als wertlos erwiesen haben.

Derzeit ringen beispielsweise die Regierungen von Pakistan, Sri Lanka und Ecuador mit Schuldenbergen, die ihre Vorgänger aufgetürmt haben. Die vorherigen Amtsträger sind – milde formuliert – umstritten. Zu den Kritikpunkten gehören Korruption und schlechte Amtsführung.

Derlei zeigt, dass Souveränität Grenzen hat. Grundsätzlich behauptet Peking, es mische sich nicht in interne Angelegenheiten anderer Länder ein. De facto haben chinesische Kredite aber großen Einfluss auf den langfristigen Handlungsspielraum der Partnerregierung. Er wächst, wenn Projekte gelingen, und schrumpft deutlich, wenn sie scheitern. Gelegentliche Schuldenerlasse, für die China bekannt ist, lösen das Problem nicht. Sri Lanka erließ China beispielsweise rund 1 Milliarde Dollar, reklamierte im Gegenzug dafür aber die Nutzung eines neugebauten Hafens für sich – ein Jahrhundert lang. Colombo konnte dieses Angebot nicht ablehnen.

Es ist kurzsichtig, China dafür zu loben, dass es auf die Art von Konditionen verzichtet, an die etablierte Industrieländer ihre ODA knüpfen. Das Handeln einer souveränen Regierung ist nun mal nicht in jedem Fall legitim. Unseriöse Politiker nehmen Darlehen auf, deren Folgen erst zu spüren sind, wenn sie nicht mehr im Amt sind. Aus diesem Grund interessieren sich die etablierten Geber heute für Governance-Themen. Allzu viele ihrer Projekte scheitern.

In den USA warnen nun konservative Kommentatoren, jeder chinesische Kredit sei eine Schuldenfalle. Das ist überzogen. Selbstverständlich muss China weltweit Beiträge zum Erreichen der Nachhaltigkeits-Entwicklungsziele leisten. Dafür wären klare Regeln für Süd-Süd-Kooperation

nützlich. Sie wären auch im wohlverstandenen Eigeninteresse Chinas und anderer aufstrebender Schwellenländer. Tatsächlich zeigt Peking Bereitschaft, beim Thema Schuldentragfähigkeit mit westlichen Regierungen zu kooperieren und die eigene Kreditpraxis zu überdenken. Angesichts riesiger Herausforderungen braucht die



Ecuador tut sich schwer, chinesische Schulden zu bedienen: Präsident Lenín Moreno zu Besuch bei Präsident Xi Jinping im Dezember 2018.

Weltgemeinschaft nüchterne Bestandsaufnahmen – sowie Zusammenarbeit, die zu Resultaten führt. Darauf muss der Gipfel in Buenos Aires hinarbeiten.

LINK

Yuefen Li, 2018: Assessment of south-south cooperation and the global narrative on the eve of BAPA+40. Genf: South Centre.



HANS DEMBOWSKI
ist der Chefredakteur von
E+Z/D+C.
euz.editor@
fazit-communications.de

ECUADOR

Ärger über Rechtsruck

Als Lenin Moreno, der Kandidat der regierenden Mitte-links-Partei Alianza País (AP), im Mai 2017 neuer Präsident Ecuadors wurde, atmete Lateinamerikas Linke auf: Der Rechtstrend in der Region schien gebrochen, eine Fortsetzung der sozialdemokratischen Politik Rafael Correas gesichert. Doch es kam ganz anders.

Von Timm Benjamin Schützhofer

Kaum an der Macht, erklärte Moreno, Correa habe ihm ein Erbe aus Korruption, Misswirtschaft und Verschuldung hinterlassen. Konservative Oppositionsparteien und Privatmedien unterstützten bereitwillig die Verbreitung dieser Botschaft. Die Staatsmedien wurden auf Linie gebracht, der Rechnungshof zu einem Instrument der politischen Verfolgung.

Ecuador hatte seit Mitte 2014 unter dem Verfall des Ölpreises und dem starken US-Dollar gelitten, der dort Landeswährung ist. Hinzu kam das verheerende Erdbeben von 2016. Korruptionsskandale, insbesondere in der staatlichen Erdölgesellschaft Petroecuador und rund um den brasilianischen Baukonzern Odebrecht, führten zu einem Glaubwürdigkeitsverlust der Regierung.

Als Moreno Präsident wurde, war die Rezession allerdings bereits überwunden. Statt notwendige Korrekturen an den Reformen Correas anzustoßen, begann er mit ihrer Demontage. Im Februar 2018 ließ er ohne die erforderliche Prüfung durch das Verfassungsgericht eine Volksabstimmung zu sieben höchst unterschiedlichen und teils irreführenden Fragen abhalten. Rechte Parteien und Unternehmer, aber auch Gewerkschaften und soziale Bewegungen unterstützten ihn. Die von Correa angeführte Nein-Kampagne kam trotz Behinderungen im Wahlkampf und weitgehender Medienblockade auf rund 37 Prozent der Stimmen.

Mit dem Referendum wurde auch der Rat für Bürgerbeteiligung und soziale Kontrolle (COPES) abgesetzt. Moreno hatte sich das alleinige Vorschlagsrecht für Mitglieder eines Übergangsrates gesichert, das Parlament segnete sie lediglich ab. Der Über-

gangsrat (COPES-T) erhielt weit über die Verfassung hinausgehende Befugnisse. Unter der Führung Julio César Trujillos setzte er Amtsträger in den Justiz- und staatlichen Kontrollbehörden ab, Interimsnachfolger ein und maßte sich weitere Kompetenzen an. Sogar die Verfassungsrichter wurden abgesetzt. Heute sind die Richterposten vakant. Ein System zur Verfolgung politischer Gegner wurde installiert.

Die politische Instrumentalisierung der Justiz begann mit dem Prozess gegen Vize-Präsident Jorge Glas. Er wurde ohne stichhaltige Beweise, vor allem auf Basis der Aussage eines Odebrecht-Managers, zu sechs Jahren Haft verurteilt. Dabei nutzte das Gericht ein bereits überholtes Strafgesetzbuch, um ein höheres Strafmaß und seine Absetzung als Vize-Präsident zu ermöglichen. Auf seine willkürliche Verlegung in ein Gefängnis abseits von Quito reagierte Glas mit einem wochenlangen Hungerstreik.

Funktionäre der Regierung Correa werden zunehmend politisch-juristisch verfolgt. Correa selbst ist mit unterschiedlichsten Anklagen konfrontiert. Interpol lehnte es unlängst ab, einen internationalen Haftbefehl gegen ihn auszusprechen.

Seit dem Referendum Anfang 2018 sinken die Zustimmungswerte Morenos.

Das Vertrauen in die staatlichen Institutionen ist eingebrochen. Einen vorläufigen Tiefpunkt stellte der Rücktritt von Vizepräsidentin Maria Alejandra Vicuña im Dezember aufgrund von Korruptionsvorwürfen dar. Neuer Vizepräsident ist der bisher weitgehend unbekannte Unternehmer Otto Sonnenholzner.

Moreno wurde als Kandidat der Linken gewählt, exekutiert aber eine wirtschaftsliberale Agenda. Die Benennung des Unternehmerpräsidenten Richard Martínez zum Wirtschafts- und Finanzminister, Steuerergeschenke für die Wirtschaftseliten, eine Steueramnestie und die Vernachlässigung von Sozialausgaben und Investitionen verdeutlichen den Rechtsruck.

Dabei gelingt es dem Präsidenten immer weniger, die Schuld für alle Probleme Correa zuzuschreiben. Die Unzufriedenheit im Land wächst, die Zivilgesellschaft distanziert sich zunehmend von der Regierung. Nach zehn Jahren relativer politischer Stabilität und Erfolgen bei der Reduzierung von Armut und Ungleichheit geht es für Ecuador wieder bergab.



TIMM BENJAMIN SCHÜTZHOFFER

ist Politikwissenschaftler und hat einen Master in Global Political Economy. Im Rahmen

seiner Promotion an der Universität Kassel setzt er sich am Beispiel Ecuadors mit den fiskalpolitischen Herausforderungen rohstoffabhängiger Staaten auseinander.
tim.schuetzhofer@gmx.de



Gewerkschafter-Proteste Ende Dezember in der ecuadorianischen Hauptstadt Quito.

MANGELHAFTE FINANZAUF SICHT

Breite Empörung

Ein Finanzskandal erschüttert Benin. Die schockierende Wahrheit ist, dass die Privatfirma ICC Services in den Jahren 2006 bis 2010 Zehntausende um ihre Ersparnisse gebracht hat, allerdings auch keine Zulassung hatte. Das Strafverfahren wird im Radio übertragen – und Thomas Boni Yayi, ein ehemaliger Präsident, wird immer wieder erwähnt.

Von Karim Okanla

Das Verfahren läuft in Porto-Novo, der Hauptstadt, an einem neu etablierten Gericht Namens CRIET. Das Kürzel steht für „Cour de répression des infractions économiques et du terrorisme“ (Gericht zur Bekämpfung von Wirtschaftsstraftaten und Terrorismus).

Seit mehreren Wochen erläutern die beiden Hauptangeklagten, Guy Akplogan und Emile Tegbenou, was mit dem Geld der Einleger geschah, bis die Firma 2010 bankrottging. Die Insolvenz führte zu den Ermittlungen, in deren Verlauf beide verhaftet wurden.

Das Geschäftsmodell von ICC Services entsprach einem Kettenbrief. Das Unternehmen behauptete, das Geld der Sparer lukrativ anzulegen – tatsächlich verwendete

es aber Neueinlagen, um Zinsen an Alteinleger ausbezahlen. Solche Pyramidengeschäfte funktionieren so lange, wie es den Betrügern gelingt, neue Kunden anzulocken. Das Ausmaß der Vergehen wird jetzt erst klar: Es geht laut Internationalem Währungsfonds (IWF) um den Gegenwert von mindestens 240 Millionen Euro.

2010 verhärteten sich die Gerüchte, ICC Services stehe vor der Insolvenz. Die Hauptakteure wurden später wegen mehrfachen Betrugs, eines illegalen Pyramidengeschäfts und anderer Vergehen angeklagt. Ihre Anwesen wurden durchsucht, ihr Vermögen und ihre Wertgegenstände beschlagnahmt. Durch Verkauf sollten Mittel für die Entschädigung der Betrugsoffer mobilisiert werden. Doch der Skandal eskalierte weiter: Die Behörden konnten nicht angeben, wieviel Geld die Auktion exakt erbrachte.

Die betroffenen Sparer sind sauer. Einige sagen, das Gericht verschwende bloß Zeit, sofern sie nicht zumindest teilweise entschädigt würden. Andere richten ihre Aufmerksamkeit nun auf Boni Yayi, der von 2006 bis 2016 regierte. Wie es scheint, standen Akplogan und Tegbenou kontinuierlich mit ihm in Kontakt. Unter anderem veranstalteten sie Gebetskreise in seinem Haus.

Akplogan hat gepraht, er habe den Präsidenten auch oft im Amt besucht, wovon gelegentlich auch das Fernsehen berichtet habe. Der Angeklagte sagt über den Politiker: „Er kann keinesfalls behaupten, nicht gewusst zu haben, worum es bei ICC Services ging.“ Tegbenou zufolge gab ICC Services Spenden an den Cousin des Präsidenten, dessen Berater und Minister sowie an zivilgesellschaftliche Organisationen, die der Regierungspartei nahestanden. So erreichte das Unternehmen landesweite Bekanntheit und Glaubwürdigkeit.

Bislang haben die beiden Männer keine kriminelle Schuld eingestanden. Der Fall ist verwirrend. Angeklagte und Zeugen machen irreführende Aussagen – einige behaupten morgens Dinge, die sie dann nachmittags widerrufen.

Fest steht indessen, dass die Behörden viel früher hätten eingreifen müssen. Es gibt Hinweise darauf, dass internationale Finanzinstitutionen und Analysten schon 2007 Beamte darauf aufmerksam machten, dass die Erträge, die ICC Services meldete, weder mathematisch noch juristisch möglich schienen. Die Warnungen blieben unbeachtet.

Boni Yayi ist Ökonom und hat auch als ehemaliger Präsident der Westafrikanischen Entwicklungsbank ein Verständnis von Finanzangelegenheiten. Dennoch hat seine Regierung offensichtlich strenge Regelwerke nicht angewendet, die zwei wichtige internationale Institutionen verabschiedet haben. Dabei geht es um:

- die Zentralbank westafrikanischer Staaten, die im Auftrag der frankophonen Länder der Region die Geldpolitik für den CFA-Franc verantwortet, sowie
- die Intergouvernementale Aktionsgruppe gegen Geldwäsche in Westafrika der ECOWAS (Economic Community of West African States – Wirtschaftsgemeinschaft westafrikanischer Staaten).

Seine Anwälte werfen dem CRIET vor, es sei mehr daran interessiert, den Politiker zu beschuldigen, als die Betroffenen zu entschädigen. Sie haben entsprechend Klage bei einem anderen Gericht eingereicht. Aus Sicht vieler Bürger hat Boni Yayi aber keine Ausreden mehr.



In den Augen vieler Bürger gibt es für Boni Yayi keine Ausreden mehr. Das Bild zeigt ihn im November in Marokko.



KARIM OKANLA
ist Mediendozent und
freiberuflicher Autor in Benin.

karimokanla@yahoo.com



Demokratie scheint vielen Anhängern von Brasiliens Präsident Jair Bolsonaro nicht wichtig.

BRASILIEN

Blankoscheck für den Präsidenten

Brasiliens Demokratie steckt in einer tiefen Krise. Nur zehn Prozent der Brasilianer sind mit der Art ihrer Demokratie zufrieden, und nur 30 Prozent befürworten überhaupt die Staatsform der Demokratie. Das erklärt, wie Jair Bolsonaro, der die Diktatur von 1964 bis 1985 verherrlicht, im November zum Präsidenten gewählt werden konnte.

Von Carlos Albuquerque

Die Zahlen stammen aus der neuesten Ausgabe des Latinobarómetro, einer jährlichen Meinungsumfrage in 18 lateinamerikanischen Ländern. Ihr zufolge steckt die Demokratie auch in anderen Ländern Lateinamerikas in der Krise, am wenigsten Zuspruch hat die Staatsform allerdings in

Brasilien. Als Gründe dafür nennt der britische Economist zuallererst wirtschaftliche Sorgen, gefolgt von Kriminalität und Korruption.

Brasilien kämpft mit der schwersten Rezession der vergangenen 100 Jahre. Die Arbeitslosenzahl liegt bei etwa 13 Prozent, und der reale Bruttoinlandsproduktverlust von 7,2 Prozent im Zeitraum 2015 bis 2016 übertraf den anderer großer Rezessionen.

Viele Experten sehen im Sieg Bolsonaros eine Bedrohung für die Demokratie. Die Ergebnisse des Latinobarómetro lassen aber eher die Schlussfolgerung zu, dass der Ex-Armee-Kapitän zum Präsidenten gewählt worden ist, weil die Demokratie in Brasilien in der Krise steckt.

Bolsonaro wusste im Wahlkampf offensichtlich mit den Ängsten der Bevölkerung gut umzugehen. Seine Kampagne in den sozialen Medien stützte sich auf die drei Hauptgründe der Unzufriedenheit: Wirtschaft, Kriminalität und Korruption. Nun hat Bolsonaro für die Ankurbelung der Wirtschaft und für den Kampf gegen Kriminalität und Korruption „Superminister“ mit erweiterten Befugnissen ernannt: Paulo Guedes und Sérgio Moro (siehe hierzu meinen Beitrag im Schwerpunkt des E+Z/D+C e-Papers 2019/01).

Bolsonaros Sieg war deshalb kein Zufall. Seine Kandidatur hat sich in einem Umfeld entwickelt, in dem Politiker verschiedener Parteien in vielerlei Hinsicht versagt haben: in Bezug auf die Regierungsführung und in Bezug auf eine Reform des Systems, in Bereichen wie Sicherheit oder Wirtschaft. Man spricht von einer „dysfunktionalen Gewaltenteilung“ und einer „Judicialisierung der Politik“.

Ob die neue Regierung tatsächlich fähig ist, die bestehenden Konflikte zu lö-

sen, bleibt abzuwarten. In Hinsicht auf das fehlende Wahlprogramm des Rechtsaußen Bolsonaro sagte Antônio Carlos Magalhães Neto, Bürgermeister von Salvador und Vorsitzender der konservativen Partei DEM: „Bei diesen Wahlen hat Brasilien den größten Blankoscheck seiner Geschichte vergeben. Niemals zuvor hatte ein Präsident einen größeren Blankoscheck bekommen wie Bolsonaro.“

Die Abgeordnetenversammlung besteht jetzt aus 513 Abgeordneten aus 30 verschiedenen Parteien. Die oppositionelle Arbeiterpartei (PT) wird 56 Abgeordnete und die PSL (von Bolsonaro) 52 haben. Die Regierungspartei PSL hat dann zehn Prozent der Abgeordnetenversammlung inne und nur fünf Prozent des Senats (vier Senatoren). Für wichtige Vorhaben wie die Rentenreform braucht Bolsonaro aber die Unterstützung von drei Fünfteln des Senats und der Abgeordnetenversammlung. Dies wird auf jeden Fall eine enorme Herausforderung für den neuen Präsidenten sein.

Außerdem gehören dem neuen Regierungskabinett überraschend wenige Vertreter der großen Parteien an. Bolsonaro hat ein Kabinett gegründet, das auf den beiden Institutionen basiert, die immer noch das meiste Vertrauen der Wähler genießen: der Streitkräfte und der Kirchen.

Fast ein Drittel der Brasilianer glauben laut Umfragen, dass das Risiko eines Militärputsches derzeit besonders hoch ist. Dies bestreitet der Oberbefehlshaber der brasilianischen Armee, General Eduardo Villas Bôas: Die Wahl des ehemaligen Kapitäns zum Präsidenten sei „keine Rückkehr des Militärs“.

Vladimir Safatle, Philosoph an der Universität von São Paulo, sieht ein Versagen der linken Kräfte, die sich bei der vergangenen Präsidentschaftswahl gespalten und gegeneinander gekämpft haben, was letztendlich Bolsonaro geholfen hat. Eine Verteidigung der Demokratie hängt folglich auch mit der Fähigkeit zur Reorganisation der progressiven Opposition zusammen.

Bei der Redemokratisierung der brasilianischen Gesellschaft wird die Beziehung zwischen Exekutive und Judikative entscheidend sein, meint der Politikwissenschaftler Sérgio Abranches. Es werde auch der entscheidende Test für die Regierung und die Demokratie selbst sein. Abranches schätzt, dass Bolsonaro etwa ein Jahr Zeit bleibt, Führung zu zeigen und die Wirtschaft anzukurbeln. Der erste Test werde Regierungsführung und Stabilität sein. Die Präsidenten, die die Wähler frustriert haben, verloren sofort an Popularität und hatten Probleme im Kongress. Zwei von ihnen (Fernando Collor und Dilma Rousseff) wurden ihrer Ämter enthoben, erinnert der Politikwissenschaftler. Kein leichtes Erbe für Bolsonaro.



CARLOS ALBUQUERQUE
arbeitet für das Brasilien-
Programm der Deutschen
Welle in Bonn.
carlos.albuquerque@gmx.de



Folgen Sie uns auf
Twitter!

Wenn Sie wissen wollen, was auf unserer Website passiert, können Sie uns auf Twitter folgen.



ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

„Es liegt ein Marathon vor uns“

Seit rund einem Jahr ist Joachim Nagel als Vorstandsmitglied für die internationalen Finanzierungen der bundeseigenen KfW Bankengruppe zuständig. Er leitet die Geschicke der Entwicklungsbank, der DEG und der KfW IPEX-Bank. Die Entwicklungsbank betreibt staatliche Entwicklungszusammenarbeit mit Partnerregierungen, die DEG fördert Privatinvestitionen in Entwicklungs- und Schwellenländern und die IPEX-Bank finanziert Investitionen, die den internationalen Handel und die europäische Wirtschaft stärken. Im E+Z/D+C-Interview stand er zu Zukunftsplänen und Herausforderungen Rede und Antwort.

Joachim Nagel im Interview mit Hans Dembowski und Sabine Balk

Laut Schätzungen gibt es eine Finanzierungslücke von jährlich 2,6 Billionen Dollar für die Sustainable Development Goals (SDGs – Ziele für nachhaltige Entwicklung). Zum Vergleich: Die deutsche Wirtschaftsleistung beträgt knapp 3,5 Billionen Dollar. Wie kann solch eine riesige Lücke geschlossen werden?

Sicher ist: Entwicklungsbanken und Regierungen können diese gigantischen Summen nicht alleine aufbringen. Deshalb ist es sehr wichtig, dass wir privates Kapital mobilisieren. Alle Länder haben ein Interesse daran,

dass globale öffentliche Güter – wie Klimaschutz – gewährleistet werden. Indien ist dafür ein gutes Beispiel. Es steht bereits auf Platz drei der Treibhausgas-Emittenten, und die Wirtschaft wächst weiter. Wenn wir schnell expandierende Ökonomien nicht begleiten, entstehen Probleme für uns alle. Es ist eine globale Aufgabe, den Wachstumsprozess dieser Länder nachhaltig zu gestalten. Wir müssen dazu beitragen, dass 1,4 Milliarden Inder nicht den gleichen CO₂-Ausstoß pro Kopf wie wir erreichen. Das würde direkt in die Klimakatastrophe führen. Natürlich müssen wir Industrieländer zusätzlich unsere eigenen Beiträge zu Hause leisten.

Wie garantieren Sie Nachhaltigkeit?

Wichtig ist zunächst zu definieren, was Nachhaltigkeit bedeutet – für uns und für andere. Es geht um viel mehr als nur Klimaschutz. Bislang ist mein Eindruck, dass wir teils noch mit unterschiedlicher Sprache darüber sprechen. Wir müssen uns zum einen auf EU-Ebene auf gemeinsame Definitionen verständigen. Wir in der KfW haben natürlich auch eigene Vorstellungen, welche Vorgaben wir an „Sustainable Finance“ stellen. Und wir wollen Nachhaltigkeit messbar machen. Die DEG hat bereits ein Konzept, das die Entwicklungseffekte der von ihr fi-

nanzierten Unternehmen misst (siehe dazu Tribüne im E+Z/D+C e-Paper 2017/10). Das deckt vielleicht noch nicht alle SDGs ab, aber es ist ein erster, wichtiger Schritt, um deutlich zu machen, was wir erreichen. Wir arbeiten daran, für die gesamte KfW Bankengruppe solche Indikatoren zu bestimmen.

Beim UN-Klimagipfel in Kopenhagen 2009 versprochen die Industrieländer, von 2020 an jährlich 100 Milliarden Dollar für Klimafinanzierung in Entwicklungs- und Schwellenländern bereitzustellen. Lange schien es, das werde nicht gelingen, aber 2018 sind tatsächlich schon etwa 80 Prozent geflossen. Wie ist das gelungen?

Der Privatsektor hatte einen hohen Anteil daran, aber meine Eindrücke sind noch ziemlich gemischt. Viele Unternehmen haben erkannt, dass Afrika oder der asiatische Raum erhebliche Wachstumschancen bieten, also bestehen wirtschaftliche Interessen – etwa in Bezug auf erneuerbare Energien. Ich finde aber, da könnte noch mehr passieren. Wir sind noch weit davon entfernt zu sagen, dass das jetzt eine positive Entwicklung ist und wir damit zufrieden sein können. Mein Eindruck ist aber auch, dass Menschen in den Schwellenländern zunehmend verstehen, dass etwas geschehen muss. Sie möchten auch in einer sauberen Umgebung leben. Nehmen Sie zum Beispiel China. Dort tut sich seit einigen Jahren viel in Bezug auf Klimaschutz. Aber es ist noch lange nicht genug.

Wie wollen Sie mehr Privatunternehmen mobilisieren?

Eine gute Initiative ist sicher die von der Bundesregierung unter deutscher G20-Präsidentschaft 2017 ins Leben gerufene Initiative „Compact with Africa“. Das Ziel sind Partnerschaften auf Augenhöhe und bessere Bedingungen für Handel und Investitionen. Man muss den Privatinvestoren die Angst nehmen, sich in diesen Ländern zu engagieren. Denn dort herrschen natürlich ganz andere Rahmenbedingungen, als sie es von Industrieländern gewöhnt sind. Man muss vor Ort Hilfestellung leisten: Wie kann ich Marktzugang finden, welche Kunden gibt es? Dann muss man aber auch intensiv mit den Staaten reden, dass sie verlässlichere Investitionsbedingungen schaffen als bislang. Das ist ihre Aufgabe. Es funktioniert nicht so, dass wir Deutschen



KfW-Vorstand Joachim Nagel bei einer Probefahrt auf der neuen, von der KfW geförderten Metrolinie im indischen Nagpur.

den Ländern erklären könnten, was sie wie besser machen sollen. Ich finde es gut, dass die Partnerregierungen jetzt selbstbewusster sagen, wo und wie wir sie unterstützen können – und dann kommen auch die Privatinvestoren. Aber Entwicklung ist kein 100-Meter-Lauf, sondern ein Marathon. Es ist ein langer Prozess und wir müssen dran bleiben.

Wir haben aber nur noch zwölf Jahre für die Dekarbonisierung ...

Ja, aber das ist schon mal ein Zeithorizont. Wir müssen uns anstrengen und alle Instrumente einsetzen, die wir haben, um die zwölf Jahre sinnvoll zu nutzen. Das Schlimmste wäre, wenn wir kapitulieren würden. Nein, wir haben den Kampf noch nicht verloren, und ich glaube auch, dass wir die Aufgabe bewältigen können.

Welche Rolle spielt die DEG dabei, die Privatunternehmen fördert?

Sie ist wichtig, aber wenn Sie sich die Größenordnung anschauen, relativiert sich ihre Rolle etwas. Von rund 24 Milliarden Euro Auslandsinvestitionen unserer Bankengruppe finanziert die DEG lediglich 1,6 Milliarden Euro. Es ist auch oft schwierig, förderungswürdige Unternehmen zu finden. Meine Botschaft an unsere Partner ist, dass sie sich noch mehr anstrengen sollten, um Raum für „bankable projects“ zu bieten. Wir müssen aber auch unsere eigenen Arbeitsweisen prüfen. Für die Länder ist die Kooperation nicht immer leicht – es gibt viele verschiedene Finanzinstitute: die KfW, die Weltbank, die anderen multilatera-

len Entwicklungsbanken, die französische AFD und so weiter. Jede macht ihre eigenen Vorgaben. Wir versuchen, mit den anderen Finanzierern gemeinsame Standards zu definieren, um diese administrative Komplexität zu reduzieren.

Und dann kommt noch die Volksrepublik China mit Kreditangeboten hinzu, und sie beteiligt sich bislang kaum an Harmonisierungsbemühungen. Wir schätzen Sie die Rolle der neuen Geber ein?

Ich sehe das gar nicht so kritisch. Wir haben über die Zahlen gesprochen, die uns zur Finanzierung der SDGs fehlen. Für mich sind die neuen Geber Unterstützer und nicht Konkurrenten. Unsere Partnerländer können souverän entscheiden, ob sie mit China eine Finanzierung eingehen möchten. Wir haben andere Vorgaben und Vorstellungen zur Umsetzung von Projekten als Peking. Wir können auch zeigen, dass unser Ansatz deutliche Vorteile hat ...

... etwa im Blick auf Nachhaltigkeit. Kritiker sagen, viele von China finanzierte Vorhaben in anderen asiatischen Ländern, Afrika und Lateinamerika seien ökologisch und ökonomisch problematisch. Müssen die Chinesen gründlicher prüfen, was sie fördern?

Ich finde, die Länder selbst müssen prüfen, ob Projekte ökonomisch und ökologisch nachhaltig sind. Sie sind dafür verantwortlich, und Fehleinschätzungen tun ihnen besonders weh. Wir sollten aber Überzeugungsarbeit leisten und Partner darauf hinweisen, welche langfristigen Folgen Darlehen haben können.

Welche neuen Schwerpunkte wollen Sie in der KfW setzen?

Wir denken gerade intensiv darüber nach, welche Entwicklungstendenzen wir bis zum Jahr 2025 sehen und wohin wir uns verändern müssen. Wir wollen dabei in unseren Prozessen schneller werden und denken, dass uns dabei die Digitalisierung helfen kann. Als Beispiel kann ich unser erstes Blockchain-Projekt in Burkina Faso nennen, womit wir unter anderem die Prozesssteuerung optimieren wollen. Auch die SDGs spielen für uns eine wichtige Rolle, die ganze KfW Bankengruppe wird ihre Arbeit noch stärker auf das Thema Nachhaltigkeit ausrichten. Außerdem wird der Bereich der Auslandsfinanzierung innerhalb der KfW wachsen. Mein Ziel ist es auch, die Entwicklungszusammenarbeit öffentlicher zu machen, mehr darüber zu reden und das Thema ins Bewusstsein der Menschen zu rücken. Wir wollen transparenter, schneller und schlagkräftiger werden. Außerdem wollen wir einen ganzheitlicheren Ansatz in unseren Projekten verfolgen. In den meisten Ländern ist es mit einem Sektor wie Infrastruktur oder Gesundheit nicht getan. Projekte müssen mehrere Sektoren berücksichtigen und darin wirken.



JOACHIM NAGEL
ist KfW-Vorstand für
internationale Finanzierung.
<https://www.kfw.de/>
KfW-Konzern/Über-die-KfW/
Organe-und-Gremien/Vorstand/Dr.-Joachim-Nagel/

Das Auslandsgeschäft der KfW

Etwa ein Drittel des KfW-Investitionsvolumens, nämlich 23,5 Milliarden Euro (2017), fließen in Projekte im Ausland. Ein Teil davon entfällt auf den Geschäftsbereich KfW Entwicklungsbank, der im Auftrag der Bundesregierung weltweit Entwicklungsvorhaben finanziert. Oberstes Ziel ist es, den Menschen vor Ort Perspektiven

für ein besseres Leben zu schaffen und Klima und Umwelt zu schützen. Dabei unterstützt die KfW die Partnerländer mit Förder- und Entwicklungskrediten sowie Zuschüssen. Häufig werden mit den Krediten Infrastrukturprojekte in den Bereichen Verkehr, Stromversorgung, Gesundheit und Landwirtschaft unterstützt.

Ein Beispiel ist der Metrobau in der indischen Stadt Nagpur. Dort entsteht gerade mit einem Förderkredit der KfW Entwicklungsbank von einer halben Milliarde Euro eine neue Hochbahn über 42 Kilometer. Sie soll 2020 den Betrieb aufnehmen und einen wichtigen Beitrag zum umweltfreundlichen Personennahverkehr leisten (s. meinen Beitrag in der Tribüne im E+Z/D+C e-Paper 2019/01).

Zum KfW-Auslandsgeschäft gehören zudem die DEG

(Deutsche Investitions- und Entwicklungsgesellschaft) und die IPEX-Bank. Die DEG fördert deutsche und lokale Privatunternehmen in Entwicklungs- und Schwellenländern wie zum Beispiel Textilfabriken in Bangladesch (s. meinen Beitrag im E+Z/D+C e-Paper 2017/05, Tribüne) oder ein privates Krankenhaus in Mosambik. Die IPEX stellt zweckgebundene Finanzierungen zur Unterstützung der Exportwirtschaft mittel- und langfristig bereit. (sb)

HANDWERK

Kanthas andauernde Schönheit

Traditionelle Stickerei ändert heute das Leben vieler bengalischer Dorffrauen auf positive Weise. Was einmal bloßer Zeitvertreib war, wird heute geschäftlich betrieben – und schafft so neue Chancen.

Von Aditi Roy Ghatak

Im Lauf seines Lebens hatte der über 80jährige Ghazi Dhewan (Name geändert) die Pässe vier verschiedener Staaten: Britisch Indien, Indien, Pakistan (weil er vom indischen Westbengalen ins pakistanische Ostbengalen zog) und Bangladesch (wie das von Pakistan unabhängig gewordene Ostbengalen seit 1971 heißt). Mit dem Pass Bangladeschs reiste er kürzlich nach Kolkata, wie Kalkutta heute heißt, um eine Ausstellung über die Stickerei-Tradition Kantha zu besuchen.

Die Ausstellung hieß „Das Nadelöhr“ und wurde vom Handwerksrat Westbengalens veranstaltet. Thema war eine Brauch, der in allen Gegenden Bengalens verbreitet ist. Die unausgesprochene Botschaft war, dass Kunsthandwerk von Frauen heute ihrer ökonomischen Unabhängigkeit dient.

Kantha ist Stickerei mit bunten Fäden, wie sie ähnlich weltweit üblich ist. Bengalische Frauen haben aber eine kaum vorstellbare Kunstfertigkeit entwickelt, die Ghazi Dewan schon in seiner Jugend faszinierte. Er schaute zu, wie die flinken Finger seiner Mutter, seiner Tanten und sowie der Haushaltshilfen in Kalkutta zu Hause kleine Kunstwerke hervorbrachten.

Kantha war bei Frauen aus allen sozialen Schichten beliebt. Die Tradition wurde von einer Generation an die nächste weitergereicht – ob in Ost- oder Westbengalen. Das Kunsthandwerk wurde von Generation zu Generation raffinierter.

SYMBOL DER EMANZIPATION

Heute symbolisiert Kantha sozio-ökonomische Emanzipation. Stickereien aus dem Ganges-Delta sind auf dem ganzen Subkontinent und darüber hinaus ein Verkaufsschlager. Sogar Modedesigner in Mailand

kooperieren heute mit Kantha-Produzentinnen.

Die einfachsten Kantha-Stickereien sind geometrische Muster. Naturmotive sind schwieriger anzufertigen – beliebt sind beispielsweise Tauben, Eulen und Papageien. Manche Frauen stellen auch Alltagsszenen dar, andere wählen religiöse Themen. Auch Gedichte inspirieren Handwerkerinnen zu Stickereien. Typisch sind kleinteilig gestickte Rahmen.

en verwandelten aus ihrer Sicht „Chaos zu Schönheit“. Sie behauptete, sie höre in allen Motiven, wie die Stimmen der Stickerinnen ihre Lebensgeschichten erzählten. Wer bengalische Dörfer kennt, weiß, dass viele analphabetische Frauen sich mit Kantha artikulieren.

Manche sind zu arm, um sich Fäden kaufen zu können, und sie verwenden dann Fasern abgelegter Kleidungsstücke. Manche verkaufen ihre Stickereien um das Einkommen der Ehemänner zu ergänzen und die Kinder ordentlich zu ernähren. Kantha ist Ausdruck ökologischer Ethik im zeitgenössischen Leben, denn die Handwerkerinnen verwenden alte und zerrissene Textilien. Sie brauchen für ihre Kunst auch keine Maschinen, keinen Brennstoff und keinen Strom.



Eine Tagesdecke mit Kantha-Stickerei.

Die Tradition lebt in Indien und Bangladesch. Seit mindestens 300 Jahren sind bengalische Frauen dafür bekannt. Manche Historiker sehen die Ursprünge von Kantha in der Antike.

Das Kunsthandwerk ist alt, aber seine Attraktivität ist modern – ethnisch und global zu gleich, elementar aber chic, einfach und dennoch vielschichtig. Es faszinierte auch die bekannte, 1993 verstorbene Kunsthistorikerin Stella Kramrisch. Die Stickerei-

Sie sticken am Nachmittag, wenn die Feld- und Hausarbeit verrichtet ist.

Im ländlichen Bengalen wächst die Bedeutung Kanthas als Erwerbschance. Auf beiden Seiten der Grenze ist das Leben der Dorffrauen immer noch recht hart. Viele werden jung verheiratet, manchmal noch als Kinder. Sehr oft werden sie dann vom Ehemann und den Schwiegereltern ausgebeutet. Viele leiden unter Mangelernährung oder sogar Hunger. Unzählige Frauen be-

treiben Kantha um etwas finanzielle Freiheit und persönliche Würde zu finden.

Der Markt für ihre Produkte ist rasant gewachsen. In Westbengalen sind 60 000 Kantha-Stickerinnen registriert – und tausende andere arbeiten ohne Registrierung.

Als erster erkannte Rabindranath Tagore, der als Dichter 1913 den Literaturnobelpreis gewann, die Kultur Bengalens aber auf vielfache Weise prägte (siehe Kasten unten), das kommerzielle Potenzial dieses Kunsthandwerks. Später machte Mahatma Gandhi solche Traditionen zum Symbol des Freiheitskampfes und hoffte, entsprechende Erwerbstätigkeit werde den ländlichen Lebensstandard steigern. Nach der Unabhängigkeit förderten in Indien die Bundes- und Landesregierungen das Kunsthandwerk mit Schulungen, Finanzhilfen und Vermarktungsinitiativen. In den vergangenen Jahrzehnten ist dann die Kaufkraft in den Städten schnell gewachsen, und auch Privatfirmen sind in den Vertrieb eingestiegen.

Kleidung und Haushaltstextilien mit Kantha-Motiven sind heute beliebt – es gibt auch Mützen für Teekannen, Tischmatten und dergleichen mehr. Traditionelle Aus-

drucksformen dienen nun als Stilmittel urbanen Selbstverständnisses.

Die finanziellen Vorteile fließen ausschließlich Frauen zu. Kantha-Produktion ist eine weibliche Tätigkeit. In doppelter Hinsicht gibt es aber Wandel: Frauen haben immer mehr Einfluss darauf, wie ihre Einnahmen verwendet werden, und ihre soziale Wertschätzung ist gestiegen.

Kantha trägt dazu bei, Geschlechterrollen zu verändern. „Kauf dieses Kleidungsstück“, forderte Monimala Pramanik einen Ausstellungsbesucher in Kolkata auf, „damit ich meine Tochter aufs College schicken kann“. Die Stickerin kennt den Wert ihrer Arbeit – sowie der Hochschulbildung ihrer Töchter. Noch vor zehn Jahren wäre das ungewöhnlich gewesen.

Shabnam Ramaswami kommt aus einer konservativen, muslimischen Familie und ist als Kantha-Unternehmerin recht erfolgreich. Ihre Firma heißt Stree Shakti (Macht der Frau) und gibt rund 1500 Stickerinnen Arbeit. Ein Teil des Gewinns investiert Stree Shakti in Schulen. Ramaswami sagt: „Kantha reißt Löcher in die überkommene Sozialstruktur.“

Die Jagriti Public School in einem Dorf im Murshidabad Distrikt wird mit Kantha-

Geld finanziert und von zivilgesellschaftlichen Trägern betrieben. Das Dorf war früher recht konservativ, aber heute fahren Frauen auf Fahrrädern oder sogar Mopeds umher. 700 Mädchen, die überwiegend keine wohlhabenden Eltern haben, besuchen diese Sekundarschule. Unterrichtet wird auf Englisch, denn die Sprache der früheren Kolonialmacht ist für den beruflichen Erfolg immer noch wichtig. In staatlichen Schulen wird sie aber nach Hindi erst als zweite Fremdsprache gelehrt. Viele Privatschulen unterrichten dagegen komplett auf Englisch.

Was einmal bloßer Zeitvertreib war, ist zu echter Erwerbstätigkeit geworden. Die handwerkliche Tradition wird aber immer noch von alten Frauen an junge Mädchen weitergegeben. Wie seit jeher führt die Weltenerfahrung der Frauen die Nadel. Die zeitlose Schönheit von Kantha lebt weiter – und das brachte Ghazi Dewan dazu, die weite Reise nach Kolkata anzutreten.



ADITI ROY GHATAK
ist Wirtschaftsjournalistin und lebt in Kolkata (früher Kalkutta).
www.adityroyghatak.com

Lehrer, Poet und Universalgelehrter

Rabindranath Tagore war in mehrfacher Hinsicht genial. Berühmt ist er vor allem, weil er als erster Nichteuropäer 1913 den Literaturnobelpreis gewann. Seine langfristige Bedeutung geht aber weit über seine Gedichte hinaus. Die Vishwa-Bharati-Universität, die er in Santiniketan gründete, besteht bis heute. Sie fördert nicht nur die Wissenschaft, sondern auch Kunst und Kunsthandwerk. Zugleich betont sie den Wert der Natur.

Rabindranaths Vater Debendranath Tagore war ein reformorientierter hinduistischer Theologe, der unter anderem gegen die Tradition der Witwenverbrennung kämpfte.

Die Tagore-Familie erkannte das Potenzial der bengalischen Kreativität und tat ihr Bestes, um sie zu fördern. Die Tagores motivierten angesehene Damen aus Santiniketan, das Kunsthandwerk der Dorffrauen zu unterstützen.

Um das Denken der Menschen zu ändern und Emanzipation zu fördern, nutzten die Tagores Kunst, Literatur und Kultur generell. Ihr Verständnis von Entwicklung war holistisch und auf Inklusion ausgerichtet. Rabindranath schrieb auch Lieder, die im Kampf gegen die Kolonialmacht identitätsstiftend wirkten. Poli-

sche Unabhängigkeit reichte aber nicht – wirtschaftliche Freiheit war ebenso wichtig, und zwar besonders für Frauen. In diesem Kontext war es stimmig, Kunsthandwerk zu

fördern. Kantha-Stickereien waren dabei als Frauentradition besonders relevant. Rabindranath Tagore war klar, dass Frauen Geld verdienen mussten.



Ein Chor in Bangladesch feiert das Erbe Tagores.

Wüsten dehnen sich aus – zum Beispiel in Marokko.



Globale Umweltkrise

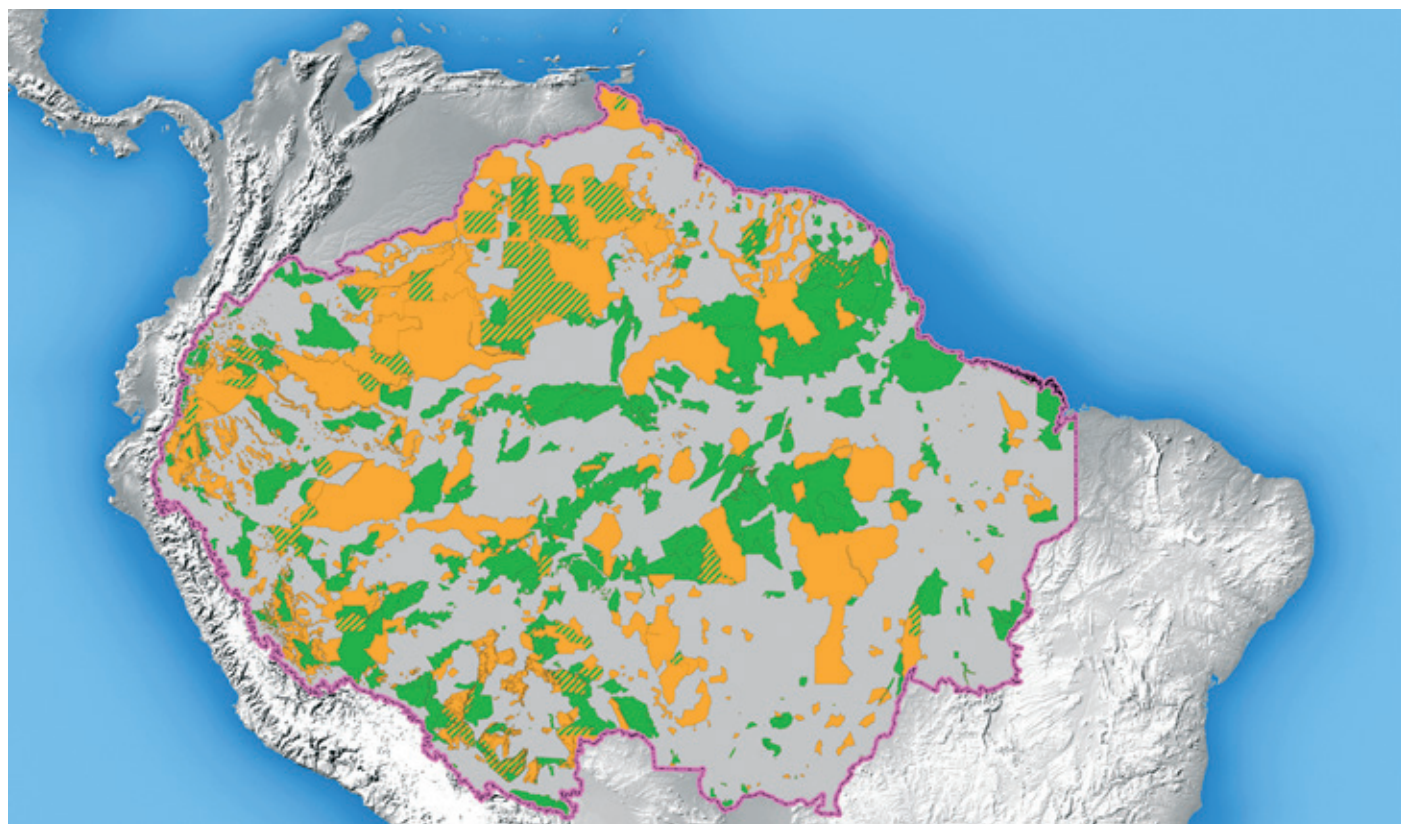
Weltweit schreitet der ökologische Wandel schnell voran. Der Treibhauseffekt ist das wichtigste, aber längst nicht das einzige relevante Phänomen. Die destruktiven Trends verstärken sich wechselseitig.

Die internationale Staatengemeinschaft behandelte diese Themen schon 1992 auf dem Erdgipfel in Rio de Janeiro, wo wichtige Konventionen beschlossen wurden. Handeln ist ebenso möglich wie

nötig, hinkt den Einsichten aber leider vielfach hinterher.



Dieser Schwerpunkt bezieht sich direkt auf mehrere Entwicklungsziele für Nachhaltigkeit (Sustainable Development Goals – SDGs): SDG 13 (Maßnahmen zum Klimaschutz), SDG 14 (Leben unter Wasser) und SDG 15 (Leben an Land). Indirekte Bezüge hat er zur gesamten SDG-Agenda.



Amazonasregion: Indigene Gebiete sind orange markiert, andere Naturschutzgebiete grün. Überlappungen sind schraffiert.

Indigene Völker spielen eine wichtige Rolle

Obwohl die Menschheit es sich nicht leisten kann, die Amazonaswälder zu verlieren, wird weiter kräftig abgeholzt. Untersuchungen zeigen, dass offiziell anerkannte indigene Territorien als Schutzbarrieren fungieren. Die nationalen Regierungen sollten das unterstützen. Die jüngste Entwicklung weg vom Umweltschutz, wie etwa in Brasilien, wird auf kontinentaler und globaler Ebene massiven Schaden anrichten.

Von Carmen Josse

Die indigenen Amazonasvölker waren über Jahrtausende die Hüter riesiger tropischer Waldgebiete. Nach biogeographischen Kriterien ist das Amazonasgebiet fast 7 Millionen Quadratkilometer groß und somit das

größte Waldgebiet der Erde. Mehr als ein Drittel (37 Prozent) davon gehören zu mehr als 3344 offiziell anerkannten indigenen Gebieten. In ihnen sind 375 verschiedene Ethnien zu Hause.

RAISG ist ein Netzwerk zivilgesellschaftlicher Organisationen aus mehreren lateinamerikanischen Ländern. Die Abkürzung steht für Red Amazónica de Información Socioambiental Georreferenciada (Amazonas-Netzwerk für sozial-ökologische georeferenzierte Information). RAISG nutzt jede verfügbare Methode, inklusive High-Tech-Anwendungen, um den sozial-ökologischen Zustand des Amazonasbeckens zu dokumentieren.

Untersuchungen von RAISG zeigen, dass bis 2015 nur acht Prozent der Wälder

der indigenen Amazonasvölker abgeholzt worden waren. 88 Prozent aller Bäume waren in dem kleineren Teil des Amazonasgebietes gefällt worden, das weder indigenes Gebiet noch Schutzgebiet ist. Dieses Muster findet sich in allen Ländern der Region.

Auch andere Studien der vergangenen Jahre kamen zu diesen Ergebnissen. Tendenziell wird weit weniger abgeholzt, wenn Wälder von indigenen Völkern und lokalen Gemeinschaften (indigenous peoples and local communities – IPLCs) bewirtschaftet werden. IPLCs tragen somit dazu bei, CO₂-Emissionen einzudämmen, die mit Landnutzung, Landnutzungsänderungen und Forstwirtschaft (land-use, land-use change and forestry – LULUCF) zusammenhängen. Weltweit machen derartige Emissionen rund acht Prozent aller Ausstöße aus. In den Amazonasländern sind es jedoch weit mehr: LULUCF verursachen hier zwischen 24 und 50 Prozent der nationalen CO₂-Emissionen.

Forscher stellten fest, dass indigene Gebiete tatsächlich als Barrieren für die Abholzung dienen. Auch institutionelle Steuerung spielt eine Rolle. Eine Studie untersuchte verschiedene Waldstücke in

Brasilien, die in vergleichbarer Weise von Abholzung bedroht waren. Wie sich zeigte, war Abholzung in Waldstücken in indigenen- und anderen Schutzgebieten weniger wahrscheinlich. Zwar war der Abholzungsdruck dort am stärksten – tatsächlich aber wurde am wenigsten gerodet.

Zum Teil wird argumentiert, dass in IPLC-verwalteten Gebieten wegen ihrer abgelegenen Lage weniger abgeholzt werde. Das stimmt aber nicht. Zumindest stimmt es nicht mit der Erfahrung in Brasilien zwischen 2001 und 2013 überein. Eine kürzlich durchgeführte Studie hat gezeigt, dass in IPLC-Wäldern um 49 bis 88 Prozent weniger abgeholzt wurde als in ungeschützten Waldflächen, die von der Lage und anderen Umständen her vergleichbar waren. Ähnliche Muster zeigten sich auch in Bolivien und Kolumbien, in Ecuador hingegen nicht.

Weniger Abholzung und Degradation bedeuten auch weniger CO₂-Ausstoß. In Wäldern wird viel Kohlenstoff gespeichert, und es ist wichtig, dass er dort auch bleibt. Die indigenen Territorien im Amazonasgebiet tragen viel dazu bei, die CO₂-Emissionen der Länder zu senken.

Die indigenen Gebiete machen nur etwa ein Drittel der gesamten Waldfläche aus, speichern aber fast ein Drittel des oberirdischen Kohlenstoffs der Region. Daher sind sie für den Erfolg des Pariser Klimaschutzvertrags relevant. In seinem Rahmen haben sich die Länder des Amazonasbeckens dazu verpflichtet, national festgelegte Beiträge (nationally determined contributions – NDCs) zur Minderung zu leisten. Diese könnten sie nicht erfüllen, wenn die von IPLCs verwalteten und zu schützenden Kohlenstoffsinken ähnlich massiv abge-

holzt würden wie ungeschützte Bereiche. Eine Katastrophe wäre das auch hinsichtlich des regionalen Klimas. Dieses würde sich ändern und das Niederschlagsmuster des Kontinents erheblich beeinflussen. Die Wüstenbildung könnte sich verschärfen, und die Artenvielfalt würde definitiv stark zurückgehen (siehe Beitrag von Stephan Opitz, Seite 30).

Traditionelles Wissen

Die indigenen Amazonasvölker waren seit jeher vom Wald abhängig. Alles Lebenswichtige bezogen sie daraus – darunter Nahrung, Unterkunft, Wasser, Fasern, Treibstoff und Medizin. Folglich sind die Kulturen der diversen ethnischen Gruppen untrennbar mit diesem Lebensumfeld verbunden, das Territorium definiert ihre Identität. Ihr Welt-

Ganzheitlich denken

Traditionelles Wissen ist sowohl für den Schutz des Klimas als auch für den Schutz der biologischen Vielfalt wichtig. Ein neues UN-Gremium kümmert sich darum.

Indigene Völker schützen laut UN-Daten rund 80 Prozent der weltweiten Biodiversität, obwohl sie nur fünf Prozent der Weltbevölkerung stellen. Sie spielen auch für den Klimaschutz eine wichtige Rolle (siehe Haupttext). Es ist deshalb erfreulich, dass es im Rahmen der UN-Klimarahmenkonvention (UN Framework Convention on Climate Change – UNFCCC) ein neues Gremium gibt: Eine Arbeitsgruppe soll die Plattform Lokaler Gemeinschaften und Indigener Völker (Local Communities and Indigenous Peoples Platform – LCIP), die vor vier Jahren entstand, voll handlungsfähig machen.

Das Verfahren zur Benennung der 14 Mitglieder läuft.

Sieben Mitglieder werden von indigenen Völkern gestellt werden, die anderen sieben werden Staaten vertreten. Ghazali Ohorella, ein Indigenen-Aktivist aus dem Indonesien, rechnet damit, dass die Arbeitsgruppe im Juni erstmals tagen wird.

Ohorella erwartet, dass „umfassende, wirkungsvolle, unmittelbare und bedeutsame Beiträge“ indigener Völker zu besseren politischen Konzepten führen werden, weil sie Fachwissen ergänzen und die Nachhaltigkeit von Strategien sicherstellen können. Ohorella zufolge geht es um mehr als nur Erfahrungsaustausch und Lernen, denn die Gruppe soll mit anderen UNFCCC-Gremien kooperieren sowie Partner darüber hinaus finden.

Terence Hay-Edie arbeitet für das UN-Entwicklungsprogramm (UN Development Programme – UNDP) mit indigenen Organisationen zusam-



Indigene aus Brasilien bei einem Workshop des UN Klimagipfels Ende letzten Jahres in Katowice.

men. Er hält sowohl die LCIP selbst für vielversprechend als auch das Tempo, mit dem sie nun vorankommt. Er beobachtet seit längerem die Verhandlungen sowohl im Kontext von UNFCCC als auch der Biodiversitätskonvention. Hay-Edie begrüßt, dass der Einfluss der indigenen Völker in beiden Richtungen wächst: „Meist machen indigene Kosmologien

solche künstlichen Unterscheidung gar nicht und fordern ganzheitliches Denken.“



FATIMA ARKIN
lebt als freie Journalistin in Manila und hat einen ähnlichen

Beitrag bereits auf scidev.net veröffentlicht.

Twitter: @FatimaA8

bild fußt auf Verbindungen zwischen ihren Vorfahren und Naturkräften. Von Generation zu Generation weitergegeben, entwickelte sich daraus ein traditionelles Wissen, das Gemeinschaften über Jahrtausende hinweg materiell und spirituell aufrechterhielt.

Heute steht dieses Gleichgewicht auf dem Spiel. Die westliche Kultur dringt in die Amazonasregion ein und nimmt zunehmend Einfluss auf IPLCs und ihre Gebiete. RAISG-Daten zeigen, dass im Jahr 2018 Straßen von 16 900 Kilometer Länge indigene Gebiete durchkreuzten. Konzessionen für Bergbau und Erdölbohrungen für

wenn sie ihren Wald messbar schützen. REDD+ erwies sich als weniger wirksam als erhofft. Die Umsetzung ist aus verschiedenen Gründen schwierig – nicht zuletzt, weil auch die lokalen Gemeinschaften entlohnt werden müssen.

2011 präsentierten indigene Gruppen aus dem Amazonasgebiet gemeinsam eine Alternative zu REDD+: das Amazon Indigenous REDD+ (RIA). Diese Strategie sollte den Klimawandel abmildern und zur Anpassung beitragen, unter anderem durch den Erhalt und die ganzheitliche Bewirtschaftung der Gebiete. RIA nimmt traditionelles Wissen

Diese Themen müssen angegangen werden.

Leider ignorieren die nationalen Regierungen die Dringlichkeit. Jair Bolsonaro, der neue brasilianische Präsident, hat sich grundsätzlich ablehnend gegenüber dem Umweltschutz geäußert (zur Demokratiekrise in Brasilien siehe auch den Beitrag von Carlos Albuquerque, S. 11). Besorgniserregend ist auch seine Missachtung von Minderheiten- und Menschenrechten. Lateinamerika sollte für Abholzung verantwortliche Unternehmen definitiv nicht weiter stärken. Sie weitermachen zu lassen wie bisher wäre fatal.

Andererseits spielen indigene Völker aus dem Amazonasgebiet und anderen Weltregionen bei internationalen Verhandlungen inzwischen eine immer wichtigere Rolle. Die Plattform für lokale Gemeinschaften und indigene Völker wird zum Beispiel als Brücke dienen, um die UN-Klimarahmenkonvention (UNFCCC) mit den lokalen Gemeinschaften und ihrem traditionellen Wissen zu verbinden und den Austausch von Erfahrungen und bewährten Verfahren zu fördern (siehe Kasten vorherige Seite).

Wissenschaftler betonen, dass die Temperaturziele des Pariser Abkommens nur zu erreichen sind, wenn Strategien zum Schutz der Wälder übernommen werden. Derartige Ansätze erlauben es auf kostengünstige Weise, Schaden abzuwenden. Wichtig sind Aufforstung sowie umweltfreundliche Waldbewirtschaftung und Landwirtschaft. Maßnahmen müssen aufgestockt und angemessen finanziert werden. Die IPLCs spielen in der Amazonas-Region eine entscheidende Rolle – und sie sind arm. Folglich sollten sie mitentscheiden dürfen und von Investitionen profitieren.

LINK

RAISG:

<https://www.amazoniasocioambiental.org/en/>



CARMEN JOSSE

arbeitet als Wissenschaftlerin für die Fundación EcoCiencia in Ecuador. Die zivilgesellschaftliche

Denkfabrik ist Mitglied des internationalen nichtstaatlichen Netzwerks RAISG (Red Amazónica de Información Socioambiental Georeferenciada).

info@ecociencia.org

www.ecociencia.org



Rosa Delphine leben im Amazonas.

470 000 Quadratkilometer Wald wurden bereits vergeben oder stehen kurz davor, vergeben zu werden. Leider erteilen die Regierungen solche Konzessionen gerne unabhängig vom Rechtsstatus eines Gebiets – somit sind auch andere Schutzgebiete betroffen.

Indigene Führer wissen um die Bedeutung der Wälder. Sie äußern die Bedenken ihrer Gemeinschaften und fordern entsprechende nationale Politiken und Schutzmaßnahmen. Von REDD+ sind sie enttäuscht. Das Akronym steht für „Verringerung der Emissionen durch Entwaldung und Walddegradierung und Verbesserung der Kohlenstoffsenken in Entwicklungsländern“. Diese Initiative wurde 2005 auf dem UN-Klimagipfel gestartet. Die Idee war, dass walddreiche Länder belohnt werden sollten,

ernst, weil dieses den Wert bestehender Wälder und deren ökologischen Nutzen erkennt. Zugleich soll der Ansatz Wohlergehen, Selbstbestimmung und auch das künftige Wohlergehen von IPLCs fördern.

Zentraler Bestandteil des RIA-Vorschlags ist die Anerkennung kollektiver Landrechte sowie die Forderung nach nationalen Entwicklungspolitiken, die mit den Verpflichtungen der Länder zum Klimaschutz in Einklang stehen. Es bedarf eines konkreten Vorgehens, um die Entwaldung und Waldzerstörung zu kontrollieren und zu reduzieren. Die größten Umweltschäden gehen auf das Konto von Agrarindustrie, Beweidung, Holzindustrie und Bergbau. Auch Infrastrukturen für Wasserkraft und Verkehr sorgen für enormen Schaden.

Die Menschen vor Ort einbeziehen

Die High Atlas Foundation verbessert mit einem Agroforstprogramm zugunsten der Armen in Marokko die Lebensbedingungen der Menschen und die Umwelt. Der Schlüssel zum Erfolg liegt im partizipatorischen Ansatz, der Dorfbewohnern die Möglichkeit verschafft, ihr Schicksal selbst in die Hand zu nehmen.

Von Kerstin Opfer

Weltweit gibt es immer weniger natürliche Landschaften. Rund 30 Prozent der Naturwälder werden schätzungsweise bis Ende dieses Jahrhunderts verloren gehen. Zudem ist ein Viertel der gesamten Landfläche der Erde von Versteppung bedroht. Starke Bodenerosion, zurückgehende landwirtschaftliche Produktivität, Ernährungsunsicherheit und abnehmende Biodiversität sind die Folgen.

Marokko ist da keine Ausnahme. Mehr als 90 Prozent der ursprünglichen Bewaldung des Landes sind bereits durch Übernutzung, Überweidung und den Klimawandel zerstört. Das verheerende Ausmaß der Umweltzerstörung in Marokko stellt eine

Gefahr für Flora und Fauna dar. Mehr als 223 Pflanzen- und Tierarten des Landes stehen auf der Roten Liste der Weltnaturschutzunion IUCN.

Erosion, Überschwemmungen und Bodenverschlechterung haben auch starke Auswirkungen auf das Leben der Menschen. Das gilt besonders in der Atlas-Region, wo die Lebensgrundlagen von natürlichen Ressourcen abhängen. Die betroffenen Menschen leben im sozialen Abseits und in struktureller Armut.

Vor diesem Hintergrund ist Umweltschutz ein bedeutendes Entwicklungsthema. Politisches Ziel muss es sein, alle zerstörerischen Tendenzen aufzuhalten. Folglich wurde eine ganze Reihe von Projekten gestartet, um den lokalen Gemeinschaften die Kontrolle über ihre natürlichen Ressourcen zu geben und gleichzeitig sozioökonomische Vorteile zu schaffen. Umwelt- und soziale Probleme auf einmal anzugehen ist allerdings eine Herausforderung. Viele Projekte haben entweder ihre Umweltschutz- oder ihre Entwicklungsziele verfehlt – oder beides.

Daher ist es wichtig, effektive Herangehensweisen zu identifizieren und aus



den Erfahrungen zu lernen. Die High Atlas Foundation (HAF), eine gemeinnützige Organisation mit Sitz in Marokko und den USA, führt ein Agroforstprogramm zugunsten der Armen in dem nordafrikanischen Land durch, das ich im Auftrag der HAF untersucht habe. Dabei habe ich sowohl die Verbindungen zwischen Umweltschutz und Maßnahmen auf Ebene der Gemeinschaften als auch ihre Auswirkungen auf Armutsreduzierung und Artenschutz analysiert.

Dazu gehörten die Auswertung relevanter Unterlagen und 34 Interviews und Diskussionen mit sechs Fokusgruppen. Auf Grundlage dieser Daten haben unabhängige Experten den Erfolg des Programms bewertet, geprüft, welche Maßnahmen zielführend waren, Versäumnisse identifiziert und Empfehlungen ausgesprochen. Die Evaluation ergab, dass das Programm sehr effektiv war und als internationales Modell dienen sollte.

Seit 2003 hat die HAF 3,6 Millionen Bäume und andere Pflanzen gepflanzt. 2018 gingen die Zahlen stark nach oben, da vier Baumschulen in Zusammenarbeit mit der marokkanischen High Commission of Water and Forests and Ecosia hinzukamen, einem sozialen Unternehmen mit Sitz in Berlin.

Eine erfolgreiche Maßnahme bestand darin, Obstbäume zu verteilen. Subsistenzbauern, die ursprünglich Gerste oder Mais anbauen, begannen nun, biologisch erzeugtes Obst, das sie nicht selbst verbrauchten, zu verkaufen und so ihr Einkommen zu verbessern. Außerdem vermindern die Bäume Bodenerosion und Überschwemmungen, ihre Anpflanzung trägt also zum Umweltschutz bei.

Bodenqualität und Pflanzenvielfalt spielen eine große Rolle, da Erosion und Versteppung unmittelbare Bedrohungen darstellen, verstärkt durch Ackerbau und Viehzucht. Ein Bauer stellte fest: „Früher haben wir nur Gerste und Mais angebaut,



Bauer zwischen seinen Kirsch- und Apfelbäumen im Tifnoute-Tal in der Provinz Taroudant.

und der Boden wurde schnell schlechter, so dass Erosion uns das Land geraubt hat. Heute verhindern das die Bäume. Außerdem haben wir mehr Bienen, weil sie die Blüten lieben.“

Kirschbäume machen den Unterschied

Im Tifnoute-Tal in der Provinz Taroudant verteilte die HAF beispielsweise zehn bis 100 Kirschbäume pro Bauer und bot ihnen eine entsprechende Fortbildung an. Jeder Baum bringt jährlich zwischen 21 und 105 Dollar ein, je nach Wasserverfügbarkeit, der Härte des Winters und anderen Faktoren. Im Durchschnitt ist der Gewinn aus dem Kirschenverkauf zehn Mal höher als der aus Gerste und Mais.

Unterm Strich konnte die HAF das Einkommen von rund 10000 Haushalten verbessern. Ein Bauer sagte: „Bevor wir Kirschen anbauten, mussten wir hart arbeiten, um Gerste und Mais anzubauen. Wenn ich alles zusammenrechnete und die gesamte Gerste und den gesamten Mais verkaufte, ohne etwas für mich selbst zu behalten, verdiente ich nur 53 Dollar im Jahr. Ein paar Jahre nachdem die Stiftung mir Bäume gegeben hatte, konnte ich die Früchte für 528 bis 1055 Dollar verkaufen, je nach dem Ertrag meiner Bäume. Mit diesem Einkommen habe ich das Leben meiner Familie verbessert.“

Höhere Einkommen versetzten die Gemeinschaften in die Lage, in Infrastruk-

tur wie Schulen oder Gesundheitseinrichtungen zu investieren. Der Schlüssel dazu lag in dem ganzheitlichen Ansatz der HAF, der die lokalen Gemeinschaften sinnvoll beteiligte. Dorfbewohner sind in jeden Schritt mit einbezogen. Sie treffen Entscheidungen und nehmen den Wandel immer mehr selbst in die Hand.

Die Einbeziehung der Menschen stellt eine frühe Beteiligung der Gemeinschaft sicher, verhindert, dass die Programme von externen Interessen geleitet werden und garantiert ein vollständiges Verständnis des lokalen Kontextes. Außerdem betreibt die HAF Armutsbekämpfung aus allen Richtungen, mit Workshops für die Stärkung von Frauen, die Verbesserung von Fähigkeiten, Alphabetisierung und so weiter. Die HAF erkennt an, dass Armut nicht einfach in einem Mangel an Einkommen oder Nahrungsmitteln besteht, sondern sich auch in fehlendem Zugang zu Bildung und Chancen im Allgemeinen zeigen kann. Befähigung dient dazu, Ungleichheit zu verringern.

Ein Frau sagte: „Diese Gärtnerei hat unser Leben verändert. Vorher wurde von uns erwartet, dass wir zu Hause bleiben. Dank der Hilfe der Stiftung können wir nun in der Gärtnerei arbeiten, neue Fähigkeiten lernen, unser eigenes Geld verdienen und zum Lebensunterhalt unserer Familien beitragen. Das macht unser Leben viel leichter, und die Männer fangen an, uns zu respektieren. Wir sind sehr stolz auf das, was wir tun,

selbst wenn es Probleme gibt. Wir haben gelernt, Probleme gemeinsam anzugehen, Lösungen zu suchen und dranzubleiben.“

Das HAF-Programm zeigt, dass eine sinnvolle Beteiligung der Gemeinschaften durch partizipative Methoden unabdingbar für nachhaltigen, langfristigen Erfolg ist. Sie sollte niemals nachrangig oder nur rhetorisch sein, sondern grundsätzlicher Teil jedes Umwelt- und Entwicklungsprojektes. Die HAF ist gerne bereit, Informationen und ihre Erfahrungen an Interessenten weiterzugeben.

Ein Bauer resümierte: „Ich habe große Erwartungen an die Zukunft. Die Bäume, die wir gepflanzt haben, werden der Umwelt zugutekommen und Bodenerosion verhindern, und das Projekt wird den Gemeinschaften und Organisationen in dieser Gegend zugutekommen.“

LINK

High Atlas Foundation:

<http://www.highatlasfoundation.org>



KERSTIN OPFER

hat einen Master in Umweltschutz und ländlicher Entwicklung von der Universität Kent. Sie hat vier

Jahre in Marokko verbracht und das Programm der High Atlas Foundation von April bis

September 2018 evaluiert.

kerstin.opfer@gmail.com

Kettensägen-Massaker

Savè ist eine Kleinstadt im Südosten von Benin. Ihre sanften Hügel und üppige Vegetation bieten ein herrliches Panorama. Der Ort könnte zur Touristenattraktion werden – würde er nicht durch Abholzung zerstört.

Von Karim Okanla

Im Wald rund um Savè sind illegaler Holzeinschlag und unkontrollierte Nutzung als Weideland gang und gäbe. Die natürlichen Ressourcen, lange von essenzieller Bedeutung für die Menschen, werden rasant

aufgebraucht. Die Stadt mit ihren 150 000 Einwohnern etwa liegt rund 250 Kilometer nördlich der Metropole Cotonou.

Noch vor wenigen Jahrzehnten zogen die Bewohner von Savè mit Beilen und Macheten los, um Brennholz zu holen – inzwischen arbeiten Holzfäller mit Kettensägen. Seltene, uralte Bäume werden gefällt und zu Brettern verarbeitet. Das Holz wird auf LKWs nach Cotonou gebracht, wo Schreinerwerkstätten viel Geld für die Ware zahlen. Beschleunigt wird die Entwaldung außerdem dadurch, dass Büsche gerodet und

verbrannt werden, um Holzkohle herzustellen.

Leider sehen immer mehr Anwohner von Savè im illegalen Holzeinschlag eine Chance, schnell reich zu werden. Das entsprechende Gesetz wird nur selten angewendet. Wenn sie doch einmal erwischt werden, kaufen sich die illegalen Holzfäller über Bestechungsgelder frei.

Dieudonné N. handelt mit Holzprodukten. Er gibt mächtig damit an, was er jährlich verdient – die negativen Folgen der Abholzung scheinen ihm nicht bewusst zu sein. Er beschäftigt in der Trockenzeit viele Männer zum Holzfällen, sagt er: „Sie sollen die größten Bäume fällen, die sie sehen, und diese dann zu Brettern zersägen.“ Im August sind die Bretter dann so trocken, dass sie zu den Kunden gebracht werden können. Di-

eudonné N. sagt, er liefere etwa 200 LKW-Ladungen Holz pro Jahr nach Cotonou.

Auch Moussa M. ist in das illegale Geschäft verwickelt – und stolz auf das Geld, das er damit verdient. „Holzfällen lohnt sich viel mehr als Landwirtschaft“, sagt er. „Das Einzige, was mir Sorgen bereitet, ist, dass sich mittlerweile zu viele in diesem Geschäft tummeln und die Gewinne seit 2014 sinken.“

VON POLITIKERN PROTEGIERT

Nicht alle sind glücklich über die fortschreitende Abholzung. Daniel B., ein 73-jähriger Bauer, der sein Lebtag in einem benachteiligten Viertel von Savè gelebt hat, ist wütend. „Es scheint niemanden zu interessieren, dass unsere Bäume, die Teil unseres Kulturerbes sind, gefällt werden“, sagt er. Die Abholzung sei illegal, die Schuldigen aber fühlten sich sicher und „geben sogar damit an, von einflussreichen Politikern und Verwaltungsbeamten protegiert zu werden“.

Theoretisch wird illegaler Holzeinschlag mit hohen Geldstrafen von bis zu 900 Euro und sogar Gefängnisstrafen von bis zu zwei Jahren geahndet. Auch das Holz und die verwendeten Werkzeuge sollen beschlagnahmt werden. Nach einem Gesetz von 1993 benötigt jeder, der Ressourcen des Waldes nutzen will, eine Genehmigung. Tatsächlich aber wird das Gesetz kaum durchgesetzt.

Savè bekommt die negativen Folgen bereits zu spüren. Wenn große Waldflächen gerodet werden, kommen Viehhüter mit ihren Herden, die die letzten Reste der verbliebenen Vegetation abgrasen. Auch die Äcker kleiner Farmer werden von weidenden Rindern, Ziegen und Schafen zerstört.

Viele Menschen geraten in Not, weil sie den Wald nicht mehr so nutzen können, wie es Generationen vor ihnen traditionell taten. Erosion ist ein großes Problem. Weite Flächen, die von Holzfällern und Landwirten gerodet wurden, liegen brach. In der Regenzeit werden die Nährstoffe weggespült, oft kommt es zu Erdrutschen und Überschwemmungen.

Auch erweitern Bauern ihre Anbauflächen oft, indem sie den Busch vor der Aussaat in Brand setzen. Für den Anbau von Süßkartoffeln, dem Hauptnahrungsmittel in Savè, wird viel Platz benötigt. Das Bevölkerungswachstum fördert die Abholzung.



Heute arbeiten Holzfäller mit Kettensägen.

Die Ernten verlieren an Qualität – und an Quantität. Früher waren Süßkartoffeln aus Savè besonders gut, größer als andere und sehr süß. Das ist längst nicht mehr so. Angesichts der Umweltzerstörung zieht es immer mehr Menschen auf der Suche nach grünen Weiden in das benachbarte Nigeria.

Der UN-Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO) zufolge sind Benins Wälder durch Buschfeuer, Überweidung, illegalen Holzeinschlag und extensive landwirtschaftliche Methoden bedroht. Leider begreifen viele Menschen in Savè nicht, was auf dem Spiel steht. Die Bauern kümmern sich um die nächste Ernte, an später denken sie nicht. Verschlimmert wird die Lage dadurch, dass viele chemische Dünger und Pestizide nutzen – Gift auch für das Leben im Wald.

Die Entwaldung von Savè ist Teil einer globalen Dynamik. Africa Agri Tech etwa ist ein chinesisches Unternehmen. Verlässlichen Quellen zufolge hat dieses Waldland erworben, auf dem nun Tomaten, Chili und Zwiebeln angebaut werden. Anscheinend gehen mehr als zwei Drittel der Erträge nach China, der Rest nach Nigeria.

VERLORENE VIELFALT

Forschungsergebnisse zeigen, dass sich die Entwaldung in Savè bereits negativ auf die Fauna auswirkt. Viele Tiere, die früher den

Wald bevölkerten, sind verschwunden oder extrem dezimiert. Das gilt für Wildkaninchen, Eichhörnchen und auch Delikatessen wie die großen schwarzen Schnecken. Die Stimmen diverser Vögelarten sind verstummt.

Auch die Vegetation verliert an Vielfalt. Viele Menschen klagen über das Verschwinden wilder Cashewnüsse und des Cosso-Baums, aus dem stabile, günstige Möbel gemacht wurden. Es wird auch immer schwieriger, Heilkräuter, Wurzeln und Säfte zu finden. Während sich die Menschen früher bei vielen Beschwerden auf traditionelle Medizin verlassen konnten, sind sie heute weitgehend auf teure Medikamente aus der Apotheke angewiesen.

Einige lokale Nichtregierungsorganisationen und Radiosender haben Aufklärungskampagnen gestartet, um gegen die Abholzung anzukämpfen. Sie werben für Maßnahmen wie groß angelegte Baumpflanzungen, um den Wald wieder aufzuforsten, und bessere Ausbildung der Mitarbeiter des National Forest Service, damit diese engagierte Hüter der natürlichen regionalen Ressourcen werden und die Umweltgesetze strikter durchsetzen.



KARIM OKANLA
ist Medienwissenschaftler
und freier Autor aus Benin.

karimokanla@yahoo.com



Nach drei Tage andauernden heftigen Regenfällen brach im August 2017 ein Hang im Westen Freetowns zusammen und löste einen zerstörerischen Erdrutsch aus.

Ganzheitlich handeln

Die Stadtbevölkerung von Freetown ist schnell und unkontrolliert gewachsen. Nach verheerenden Überschwemmungen im Jahr 2017 kann ein Zusammenhang zwischen Naturkatastrophen und Stadtplanung nicht mehr ignoriert werden.

Von Carolyn Williams-Gerdes

Sierra Leone hatte in seiner Entwicklung einige Hindernisse zu bewältigen. Während ein langer Bürgerkrieg und der zwei Jahre dauernde Kampf gegen Ebola alle Ressourcen aufbrauchten, hofften viele Menschen auf ein besseres Leben in der Hauptstadt Freetown. Häuser und ganze Viertel wurden eigenhändig auf Grundstücken errichtet, wo bis dahin unberührter Wald gestanden hatte.

Dann kam es am 14. August 2017 im Westen von Freetown nach tagelangen Regenfällen und Überschwemmungen zu einem massiven Erdrutsch. Menschen und Häuser wurden unter Schlamm und Trümmern begraben, mehr als tausend Menschen für tot oder vermisst erklärt. Die Weltbank schätzt, dass weitere Tausende geflohen

sind – viele mit nicht mehr als dem, was sie am Leib trugen.

In Sierra Leone sind Überschwemmungen und Erdrutsche nicht ungewöhnlich, doch eine humanitäre Katastrophe von derartigem Ausmaß erregte weltweit Aufmerksamkeit. Viele internationale Organisationen wie Action Against Hunger, CARE International, das Rote Kreuz und diverse UN-Organisationen, die bereits im Land waren, boten unmittelbare Grundversorgung und Hilfe. Sie sorgten für Lebensmittel, Unterkünfte und Mobiltelefone und berieten die Menschen.

Bei dieser Katastrophe ging es um weit mehr als um Verlust von Besitz. Es zeigte sich ein komplexes System von einander verstärkenden Ursachen und Wirkungen, von denen sich einige lange vor dem Erdrutsch angebahnt hatten. Dies erfordert ganzheitliches und langfristiges Handeln für die Zukunft.

Die Regierung von Sierra Leone hat eine nationale Sanierungsstrategie in Auftrag gegeben und betont, dass ein Ansatz erforderlich ist, der nicht nur bestehende Probleme löst, sondern auch künftige He-

rausforderungen angeht. Innerhalb kürzester Zeit fanden sich Experten des UN-Entwicklungsprogramms (United Nations Development Programme – UNDP) und der Weltbank in Freetown ein, um dieses Bemühen zu unterstützen.

Ein Erdrutsch an sich ist keine Katastrophe. „Erdrutsche sind ein Naturphänomen“, sagt der Experte Muhibuddin Usamah. Zur Katastrophe werden sie erst, wenn Menschen dort leben, wo sie geschehen.

Die Häuser Freetowns liegen an steilen Hängen auf verwitterten, erosionsgefährdeten Felsen. Als die Stadtbevölkerung wuchs, wurde der Wald gerodet und der Boden abgetragen, um Ebenen zu schaffen, auf denen sich informelle Siedlungen bildeten. Die natürliche Befestigung wie Pflanzen und Wurzeln wurden entfernt, so dass die Häuser seither gefährdet sind. Zugleich führt übermäßiger Holzkohleverbrauch zu weiterer Abholzung und verstärkter Erosion.

Erdrutsch-Experte Usamah meint: „Viele haben sich bewusst dafür entschieden, in geografisch anfälligen Gebieten zu leben. Für ihren täglichen Bedarf wollten sie Wasser, Feuerholz, soziale Dienstleistungen und Einkaufsmöglichkeiten in der Nähe haben. Sie hielten das für eine gute Entscheidung und ließen sich durch nichts davon abhalten.“

Usamah arbeitete eng mit der nationalen Umweltschutzbehörde (EPA) zusammen.

Die Ursachen des Erdbebens sind die Basis für eine „risikobewusste Planung“, wie er es nennt. Evidenzbasierte Gesetze und Richtlinien können für Entscheidungsträger der Kommunen und Gemeinden hilfreich sein und für eine sichere Lebensweise sorgen.

Verhaltensänderung

Inzwischen haben Gemeinden viele Möglichkeiten, Gesundheitsrisiken und Gefahren zu mindern und den allgemeinen Lebensstandard zu verbessern. Kommunale und nationale Behörden erkennen nun, dass die Überschwemmungen in Freetown aus starkem Dauerregen kombiniert mit unzureichenden Entwässerungssystemen resultieren. Dem Experten für Abfallmanagement Thorsten Kallnischkies zufolge sind Abflüsse zwischen den Häusern oft verstopft – mit Erde und Steinen, aber auch mit Müll. Die Abläufe können keinen starken Regen auffangen, daher sammelt sich das Wasser, bis der Druck so stark ist, dass es ganze Felsen in Bewegung setzt. „Stellen Sie sich einen Stein in der Größe eines Toyota Landcruiser vor, der mit zehn Stundenkilometern auf Häuser und Menschen zurollt“, veranschaulicht Kallnischkies.

Die Fluten spülten 2017 auch Fäkalien und andere Abfälle in Flüsse, Bäche und Brunnen. Die Leute tranken und badeten buchstäblich in verseuchtem Wasser. „Selbst ein moderater Regen kann Müll in offene Wasserstellen spülen“, erklärt Kallnischkies.

Somit können einfache Dinge wie „aufräumen“ schon eine Menge bewirken und das Überschwemmungsrisiko reduzieren und zugleich mögliche Folgen verhindern. Um das zu erreichen, half Kallnischkies ein vom UNDP finanziertes Projekt zu entwickeln, das betroffene Gemeinden an den Wiederaufbauprozessen beteiligt. Zu den ersten Aufgaben gehörte es, Steine und Abfälle aus Flüssen und Bächen zu sammeln, beschädigte Abflüsse zu reparieren und Trinkwasserbrunnen mit Zementmauern zu versehen.

Projektkoordinator Getaneh Gebreging es nicht allein darum, Leute zu schulen. „Wir wollten, dass sich die Teilnehmer als Teil eines größeren Ganzen begreifen. Dass sie natürliche Ursachen und Wirkungen und die Folgen menschlichen Handelns für die Umwelt begreifen und dass sie dieses Wissen nutzen, um Positives zu bewirken.“



Dieser ganzheitliche Ansatz kam an verschiedenen Stellen zum Tragen – etwa indem schräge Hänge zu Terrassen umgewandelt werden, um Wurzelgemüse anzubauen. So wird Hangerosion gemindert und der Boden gefestigt – zudem erhalten die Gemeinden Lebensmittel und Einkommen. Der Haushaltskompost versorgt die Kulturpflanzen mit Nährstoffen und er absorbiert Feuchtigkeit, so dass weniger Wasser in Flüsse und Bäche fließt.

Die engagiertesten Teilnehmer wurden zu Führungskräften und Ausbildern weiterer Arbeitsgruppen ausgebildet, um sicherzustellen, dass auch nach Abschluss des Projekts Informationen und Kompetenzen systematisch weitergegeben werden und Verhaltensweisen erlernt werden, die Leben retten können.

URBANE INFRASTRUKTUR

Die Überschwemmungen haben Aufsehen erregt, das langfristige Problem aber ist die Bewältigung wachsender Abfallmengen. Die 1,5 Millionen Einwohner Freetowns produzieren durchschnittlich ein halbes Kilo Hausmüll pro Kopf und Tag – zusammen etwa 1,1 Kubikmeter jährlich. Davon werden 20 Prozent gesammelt, die übrigen 80 Prozent landen meist im Abwasserkanal, direkt im Meer oder werden verbrannt.

Die beiden riesigen, überquellenden innerstädtischen Deponien sind eine Brutstätte für Fliegen, Ratten und Moskitos. Giftiges Sickerwasser verseucht Grundwasser, Oberflächenwasser und das Meerwasser an den Küsten. Laut Aussage des Stadtrats von Freetown hängen von den zehn in Krankenhäusern in Freetown am häufigsten behandelten Krankheiten sieben direkt oder indirekt mit der Verschmutzung zusammen. Cholera-Ausbrüche treffen meist jene, die in unmittelbarer Nähe des Mülls leben. Die of-

fene Müllverbrennung ist laut Kallnischkies so gefährlich wie das fortwährende Einatmen von Zigarettenrauch.

Dem Experten für Abfallmanagement zufolge ist der in Freetown erzeugte Müll zu schätzungsweise 80 bis 90 Prozent weitgehend kompostier- und wiederverwertbar. Somit könnte durch relativ einfache Maßnahmen, wie durch Kompostieren in Gemeinden, ein Großteil des Siedlungsabfalls verwertet werden.

Formales Recycling gibt es noch nicht lange. UNDP hat ein Projekt initiiert, bei dem einige Gemeinden aus Plastikmüll Hand- und Computertaschen, Hüte und sogar Bodenfliesen herstellen. Das reduziert den Müll und bringt zugleich etwas Geld in die Kassen.

Allerdings sind lokale Initiativen mit geringem Budget eingeschränkt. Die Müllberge in Freetown sind Ausdruck einer jahrzehntelangen Untätigkeit. Es geht nicht allein um die öffentliche Gesundheit, sondern um nationale Sicherheit und das muss erkannt werden. Eine kleine Lösung gibt es nicht.

Sierra Leone braucht eine nationale Infrastruktur für die Abfallbewirtschaftung: ein reguliertes System mit Personal, Fahrzeugen und einer Aufsicht. Die Stadt muss sich auch um die bereits existierenden Müllberge kümmern. Die Müllhalden müssen geschlossen und neue Lagerstätten gefunden werden. Die Kosten von mehreren zehn Millionen Dollar sind für viele Geber nicht bezahlbar.

„Es kann aber nicht nur an einer Stelle ausgebessert werden“, mahnt Kallnischkies. „Versucht man nur ein Problem zu lösen, wird das angesichts der übrigen Probleme scheitern.“ Das wird nirgendwo deutlicher als bei der Flutkatastrophe von 2017: Das Engagement danach war überwältigend und die Initiativen großartig. Aber die langfristigen Probleme blieben ungelöst.



CAROLYN WILLIAMS-GERDES

lebt als Autorin und Fotografin in Berlin. Sie arbeitet öfter für die UN und

war Mitglied des Notfallteams nach dem Erdbeben von 2017. Dieser Artikel drückt die persönliche Meinung der Autorin aus, die nicht mit den Ansichten von UN, UNDP oder UN-Mitgliedstaaten übereinstimmen muss. carolyn.williams.gerdes@gmail.com

Im Einklang mit der Natur

Die industrielle Landwirtschaft dezimiert weltweit die biologische Vielfalt. Dies führt zu mehr Umweltzerstörung und marginalisiert Kleinbauern, die sich kein teures Saatgut leisten können. Eine Alternative bietet biologische Landwirtschaft mit traditionellen Landsorten. Wie Sahaja Samrudha, ein nicht-staatlicher Bauernverband im südindischen Bundesstaat Karnataka, dies fördert, erklärt Anitha Reddy, die Sprecherin der Organisation, im Interview.

Anitha Reddy im Interview mit Sabine Balk

Warum hat Ihre Organisation eine gemeinschaftliche Samenbank gegründet?

Samenbanken ähneln normalen Banken oder Bibliotheken. Man leiht etwas aus und gibt es wieder zurück. Bei uns leihen sich Landwirte Saatgut und geben nach einer guten Ernte das Doppelte zurück. Wir hier im südindischen Bundesstaat Karnataka

haben eine gemeinschaftliche Samenbank gegründet, weil es kein traditionelles Saatgut mehr gibt. Die Landwirte nutzen nur Hybridsamen. Unser Ziel ist es jedoch, die biologische Vielfalt zu erhalten. Hybrid-saatgut muss stark bewässert werden und braucht chemische Dünger und Pestizide. Der Anbau ist für viele Kleinbauern unerschwinglich. In unserer Region sind die Anbauflächen mit einer Größe von 0,5 bis 5 Hektar eher klein. Wasser ist Mangelware. Um die kleinen Farmen bestmöglich zu nutzen, wollen wir die Vielfalt der Landrassen wiederbeleben.

Und was bringt das den Bauern?

Es gibt mehrere Vorteile:

- Die Bauern sind nicht mehr so abhängig von den Saatgutherstellern. Sie müssen nicht jedes Jahr neues Saatgut kaufen, sondern können einen Teil ihrer eigenen Ernte zur Aussaat verwenden.

- Durch gemeinschaftliche Samenbanken können Klein- und Kleinstbauern Saatgut sparen, tauschen und verkaufen. Sie arbeiten zusammen und unterstützen sich in Notfällen.

- Sie haben einen sicheren Zugang zu den Ressourcen, die sie brauchen.

- Ihr traditionelles Wissen wird dokumentiert. Die traditionellen Praktiken werden schrittweise modernisiert; die Ergebnisse können nach und nach genau evaluiert werden.

- Die landwirtschaftliche Biovielfalt wird gefördert und geschützt.

Und nicht zuletzt sind gemeinschaftliche Samenbanken (community seed banks – CSB) wichtig, um die Rechte der Bauern umzusetzen.

Was macht traditionelle Kulturen so wertvoll? Hybridsorten sind ertragreicher.

Bei der grünen Revolution ging es ausschließlich um höhere Erträge. Man verließ sich dabei auf eine schmale genetische Basis, auf synthetische Zusätze und viel Wasser. Umweltfreundlich ist das nicht. Traditionelle Kulturen hingegen sind an die spezifischen örtlichen Gegebenheiten ange-



Anitha Reddy von der NGO Sahaja Samrudha zeigt die Samenbank.

passt. Sie können sehr ertragreich sein und sind resistent gegen Schädlinge und Dürre. Sie passen sich den Böden und dem Klima an. Früher wussten die Bauern genau, wann welches Saatgut zu verwenden ist. Was sie brauchten, gab es weitgehend vor Ort. Früher gab es in Indien viele verschiedene

Reissorten, die sich entsprechend ihrer örtlichen Bedingungen entwickelten. Einige Sorten gedeihen gut in Trockengebieten, andere in Küstengebieten oder im tiefem Wasser. Diese Vielfalt wurde durch die weit verbreitete Monokultur gefährlich eingeschränkt.

Was ist die Gefahr dabei?

Das größte Risiko ist, dass die High-Tech-Hybride eines Tages versagen können. Sie sind sehr homogen und daher sehr anfällig. Wenn auf allen Feldern das Gleiche wächst, reicht eine einzige Krise, um alles zu zerstören. Eine Vielfalt der Landrassen würde

Neue Möglichkeiten

Der Biolebensmittelsektor, der noch vor wenigen Jahrzehnten praktisch nicht existierte, hat sich zur einer wichtigen Marktchance für kleine und marginalisierte indische Bauern entwickelt. Die 2010 gegründete Gesellschaft Sahaja Samrudha Organic Producer Company in Bangalore hat sich auf die Vermarktung und den Markenaufbau von Biogemüse und -Getreide spezialisiert.

Eines der Hauptprobleme der indischen Biobauern ist es, dass sie verstreut und vereinzelt wirtschaften und dadurch auch ihre Produkte nicht gut vermarkten können. Auf der anderen Seite steigt die Nachfrage nach biologisch angebauten Produkten, speziell in den städtischen Ballungsräumen wie Bangalore. Sahaja Organics fungiert als Brücke zwischen den Biobauern und den Kunden in den Städten.

Für dieses Vorhaben stellte die KfW Entwicklungsbank ein Darlehen in Höhe von umgerechnet rund 38000 Euro für einen kleinen Biomarkt und als Betriebskapital bereit. Das Darlehen wurde durch einen Zuschuss von rund 7000 Euro ergänzt, der für die Ausbildung und Beratung der Bauern, für die Unterstützung beim Verkauf ihrer Bioprodukte, ihre Vernetzung

und für die Organisation von Marketing-Events verwendet wurde.

Es wurde auch eine gemeinsame Anbauplanung vorgenommen, um zu verhindern, dass ein Produkt den Markt überschwemmt und die Preise verfallen. Eine weitere Strategie ist die Anbauförde-

Hinter der Marke Sahaja Organics steht die Nichtregierungsorganisation Sahaja Samrudha, die an der Basis mit den Bauern zusammenarbeitet. Sahaja Samrudha bedeutet „freigiebige Natur“. Ihr Ziel ist es, die Bauern selbstständiger zu machen und vor allem die Frauen in der Landwirtschaft zu stärken. In den Augen von Sahaja Samrudha sind die Frauen die Wächter der Saatenvielfalt.

ersten fünf Aufbaujahre waren nicht einfach. Aber unterdessen besteht das Netzwerk schon aus 2800 Biobauern in 20 Produzentengruppen, die über Karnataka und Teile von Tamil Nadu, Kerala und Andhra Pradesh verteilt sind.

Vor der Einführung von hybridem Saatgut und industriellen Anbaumethoden war die Landwirtschaft in Entwicklungsländern immer biologisch. Heute ist die



Landwirt Rakash Chinappa zeigt seine Biolinsen, die er für Sahaja Organics anbaut.

und Vermarktung von traditionellen Pflanzensorten, die auch in Indien zu Nischenprodukten zählen. Die Samen bewahrt und pflegt die Organisation (siehe Hauptartikel).

Durch Sahaja Organics haben hunderte Bauern einen Marktzugang erhalten, und es sind viele weitere angeregt worden, auf den Anbau biologischer Produkte zu setzen. Die

große Herausforderung, die traditionelle Anbauweise so zu modernisieren, dass die Lebensbedingungen der Bauern langfristig verbessert werden. (sb)



die Farmen resistenter machen. Außerdem braucht die Saatgutindustrie die genetischen Ressourcen der traditionellen Sorten, um Hybride zu züchten. Diese genetischen Ressourcen schwinden jedoch, weil traditionelle Sorten kaum angebaut werden. Auch auf Genbanken kann sich die Industrie nicht verlassen. Forschungen zufolge verändert sich die natürliche Umgebung ständig. Landrassen entwickeln sich weiter und passen sich daran an. Daher taugen Samen, die über Jahre in einer Genbank lagerten, möglicherweise selbst dort, wo sie herkommen, nicht mehr. Traditionelle Sorten müssen angebaut werden, um zu überleben. Wenn wir auf Hybride angewiesen sind, brauchen wir immer mehr Pestizide und Wasser – was wir uns nicht leisten können, weil es der Umwelt schadet. Und ehrlich gesagt: Viele Kleinbauern können sich das auch aus wirtschaftlichen Gründen nicht leisten.

Sie brauchen also eine Alternative.

Richtig. Und zwar eine, die wirtschaftlich und ökologisch nachhaltig ist. Melaku Worede, ein hervorragender Wissenschaftler und Gründer der äthiopischen Genbank, sagt: „Das traditionelle System ist ausge-tüfelt und verfügt über profundes Wissen. Getreidevielfalt zu erhalten, indem man auf den Farmen Landrassen anbaut, ist daher sehr wertvoll.“ Genau das tun wir.

Wie können traditionelles Saatgut und Bio-landbau Kleinbauern helfen, mit der sich ändernden Umwelt zurechtzukommen?

Unserer Erfahrung nach geht dieser Ansatz die wichtigsten Probleme ländlicher Gemeinden an: nämlich ihre sozialen, wirtschaftlichen und kulturellen Rechte. Es ist das Recht der Bauern, ihr eigenes Saatgut für künftige Aussaaten zu nutzen. Das befreit sie von äußeren Zwängen. Unsere traditionelle Landwirtschaft besteht seit Jahr-

tausenden. Traditionelle Kulturen wurden seit Generationen sorgfältig gezüchtet, um sich den Gegebenheiten anzupassen. Sie halten den klimatischen Kapriolen stand und bieten Klein- und Kleinstbauern, einschließlich der traditionellen Gemeinschaften, Ernährungssicherheit.

Welche Methoden des Bioanbaus halten Sie für besonders wichtig?

Fruchtfolge beispielsweise. Es ist wichtig, nicht Jahr für Jahr das Gleiche auf einem Feld anzubauen. Es hat mehrere Gründe, warum man verschiedene Pflanzen zu unterschiedlichen Zeitpunkten anbaut: Der Boden bleibt fruchtbar, Schädlinge und Krankheiten werden minimiert und Nährstoffe zugeführt. Die Ernteerträge werden dadurch gesteigert. Auch Mischkulturen sind nützlich: Landwirte säen mehrere Pflanzen gleichzeitig. So können sie die Flächen voll nutzen und die wirtschaftlichen Risiken eines Ernteausfalls gering halten, gemäß dem Sprichwort „Leg nicht alle Eier in einen Korb“. Zudem fördert Mischanbau die Artenvielfalt, weil dadurch diverse Nutz- und Raubinsekten angelockt werden, die wiederum den Schädlingsbefall minimieren. Was auf einem Hof geschieht, hat Einfluss auf dessen Umgebung – Farmen mit einer gewissen Diversität sorgen also für eine allgemein größere Vielfalt.

Welches Saatgut gibt es in Ihrer Saatbank?

Wir lagern mehr als 800 Reis-, 120 Hirse-, 32 Weizen-, 56 Auberginen- und 52 Sorten von Hülsenfrüchten. Zudem haben wir auch viele weitere Gemüse- und Obstsorten aus 20 Bezirken von Karnataka sowie 23 verschiedene indische Baumwollsorten im Sortiment. Sahaja Samrudha arbeitet mit mehr als 6300 Bauern zusammen, die Saatgut züchten und schützen. Die Samenbank hat 32 lokale Tochtergesellschaften, die die örtliche Versorgung unterstützen. Zudem führen wir kooperative Studien mit universitären Forschungseinrichtungen durch. Die Bauern sehen dadurch, welche Bedeutung sie als Wissenschaftler, Naturschützer, Züchter und Innovatoren haben. Sie spielen auf lokaler Ebene tatsächlich eine Schlüsselrolle bei der Verbesserung der genetischen Ressourcen – und das war schon immer so.

Erreichen Sie damit die Öffentlichkeit?

Ja, wir tun unser Bestes, um die traditionellen Sorten populär zu machen und ein Be-

wusstsein für ihre ernährungstechnischen und medizinischen Unterschiede zu schaffen. Wir organisieren Festivals zu Biodiversität allgemein und auch zu bestimmten Sorten wie etwa Reis und Hirse. Auf Saatgutmessenden in Städten bringen wir Hersteller und Konsumenten zusammen. Kleinbauern verdienen Geld, indem sie Saatgut verkaufen, und die Verbraucher sind stolz, wenn sie dazu beitragen, die verschwindenden Arten in ihren Hinterhöfen oder gar auf ihren Dachgärten zu schützen.

Welche Schwierigkeiten gibt es?

In Karnataka, überhaupt überall in Indien, werden die meisten Biolandwirte Ihnen sagen, dass nicht die Produktion, sondern die Vermarktung das Schwierigste ist. Daher haben wir 2010 die Marketing-Firma Sahaja Samrudha Organic Producer Company Limited (SSOPCL) mit der Marke „Sahaja Organics“ gegründet. Der Anfang war hart, aber inzwischen läuft es. Das Konzept ist einzigartig, die Firma gehört komplett den Bioerzeugern. Sie müssen Primärerzeuger sein und sich für Umweltschutz und die Erzeugung gesunder, qualitativ hochwertiger Lebensmittel einsetzen. SSOPCL vertreibt nur zertifizierte Bioprodukte, und nur zertifizierte Biobauern dürfen Mitglied werden. Zu unserem Netzwerk gehören etwa 2800 Biobauern und 20 Bioerzeugergruppen in Karnataka und den benachbarten indischen Bundesstaaten Tamil Nadu, Kerala und Andhra Pradesh. Das Unternehmen ist inzwischen der größte Großhändler für Bioreis, Hülsenfrüchte und Hirse in Karnataka. Die Landwirte verdienen daran um bis zu 20 Prozent mehr als sonst, zugleich erhalten die Verbraucher hochwertige Produkte zu angemessenen Preisen. Seit 2013 schreiben wir schwarze Zahlen, der Jahresumsatz betrug rund eine Million Dollar. Wir wollen Qualitätsführer in der Bioindustrie sein, und Kundenzufriedenheit hat oberste Priorität. Letztlich verfolgen wir drei Ziele: Sicherung des Lebensunterhalts der Menschen auf dem Land, Vermarktung gesunder Lebensmittel und den Schutz der Umwelt.



ANITHA REDDY
ist Treuhänderin und
Sprecherin des Verbands der
Biobauern Sahaja Samrudha.
redryanitha88@gmail.com

<https://www.sahajasamrudha.org/>

Bedrohte Schatzkammern im Meer

Tropische Korallenriffe gelten als „Regenwälder der Meere“. Tatsächlich sind Riffe Ökosysteme der Superlative – und auch für den Menschen von unschätzbarem Wert. Doch sie sind weltweit akut bedroht. Neben der Erwärmung der Ozeane setzen ihnen Überfischung und Verschmutzung zu.

Von Jenny Kruttschinna

Riffbildende Korallen gibt es bereits seit 450 Millionen Jahren. Sie haben es immer wieder geschafft, sich nach den großen Massenaussterben der Erdgeschichte neu zu etablieren. Bis heute brachten sie immer neue, komplexe Lebensgemeinschaften hervor, die sogar zahlreiche Arten in angrenzende Lebensräume „exportieren“. Ihre enorme Artenvielfalt können die heutigen Warmwasser-Korallenriffe nur in extrem nährstoffarmem, lichtdurchflutetem Meerwasser entfalten.

Für den Menschen sind Korallenriffe von unschätzbarem Wert. Als kostenloser Küstenschutz absorbieren sie bis zu 95 Prozent der Wellenenergie. Auf nur 0,15 Prozent des Ozeanbodens beherbergen sie ein Viertel der marinen Artenvielfalt und ernähren so mehrere hundert Millionen Menschen. Riffe locken Touristen an, produzieren Karbonat und liefern medizinische Wirkstoffe, etwa aus einem karibischen Riffschwamm

gegen Aids oder hochwirksames Schmerzmittel aus dem Gift der Kegelschnecke. Insgesamt werden die jährlichen Erträge aus Riffen mit über 26 Milliarden Euro beziffert.

Doch die Riffe sind weltweit akut bedroht. Seit den 1980er Jahren ging mehr als ein Drittel aller Korallenriffe verloren, weitere 50 Prozent gelten als nachhaltig gestört. Bis Anfang der 2000er Jahre wurden Überfischung, Verschmutzung, mangelndes Management und destruktive Fischereimethoden als Hauptursachen für die Krise noch vor dem Klimawandel gesehen. Inzwischen hat sich das Bild verändert: 1998 wurde erstmals weltweit flächendeckendes Korallenbleichen beobachtet, 2010 und 2015 folgten weitere globale Bleichen von immer längerer Dauer. Ursache für dieses Phänomen ist der globale Anstieg der Meerestemperatur.

Bereits zur Pariser Klimakonferenz 2015 warnten australische Experten: Wenn es nicht gelingt, die Erderwärmung auf deutlich unter zwei Grad Celsius zu begrenzen, werden im Jahr 2035 vom Great Barrier Reef (GBR), dem größten Korallenriff der Welt, voraussichtlich nur noch zehn Prozent (gegenüber 1980) erhalten sein; bei 1,5 Grad gehen sie von zirka 30 Prozent aus. 2016 und 2017 traf es das GBR auf rund 1 500 Kilometern Länge erneut, wodurch stellenweise mehr als die Hälfte aller Korallen starben und im Norden einige wichtige riffbildende

Korallenarten ganz verschwanden, was das Ökosystem unwiederbringlich veränderte.

Es mangelt nicht nur an Fortschritten bei der Eindämmung der globalen Erderwärmung. Viele Korallenriffe liegen vor Schwellen- und Entwicklungsländern, und diese sind zum Teil politisch instabil, haben kaum Mittel für lokale Maßnahmen, oder es fehlt der politische Wille dazu. Um die Riffe zu retten, ist Klimaschutz essenziell, aber allein nicht ausreichend. Parallel sind Maßnahmen nötig, die den andauernden zusätzlichen Druck auf die Riffe durch Fischerei, Verschmutzung, Tourismus und weitere Nutzungsformen minimieren. Hierzu gehören die Ausweisung von Schutzgebieten, wirksame Fischereikontrolle an Riffen innerhalb wie außerhalb von Schutzzonen, nachhaltiger Tourismus, aber auch Küsten- und Landmanagement zur Vermeidung von Sedimentation aus Flüssen, Erosion oder Bautätigkeit, von Nährstoffeinträgen aus ungeklärten Abwässern oder der Landwirtschaft, Chemikalieneintrag oder (Plastik-)Müll.

Nur mit einer ganzheitlichen Herangehensweise, die alle wesentlichen auf das Riff einwirkenden Faktoren einbezieht, kann wirkungsvoller Riffschutz gelingen. Um für Unterstützung in dieser immensen Herausforderung zu werben, initiierte die International Coral Reef Initiative (ICRI) 2018 nach 1997 und 2008 bereits zum dritten Mal ein Internationales Jahr des Riffs. Notwendige Aktivitäten zur Erfassung des Zustandes der Riffe und für den Riffschutz sind regelmäßiges Monitoring, Forschung zu Anpassungsprozessen sowie Bildungsarbeit und Sensibilisierung von Beteiligten. Im Monitoring wurde vor 20 Jahren die Reef-Check-Methode etabliert, mit der der menschliche Einfluss auf Schlüsselarten erfasst und verglichen werden kann.

LINKS

International Coral Reef Initiative:

<https://www.icriforum.org/>

Internationales Jahr des Riffs:

<https://www.iyor2018.org/>

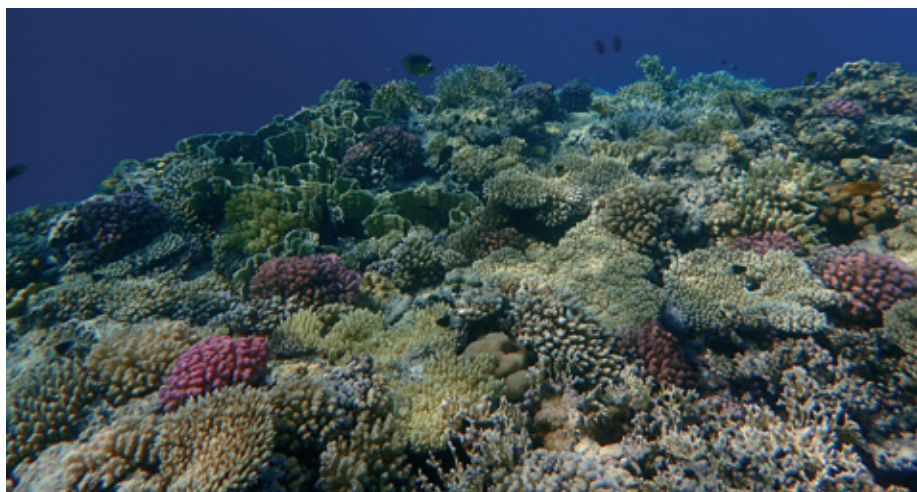
Reef Check:

www.reefcheck.de



JENNY KRUTTSCHINNA
ist Meeresbiologin und seit 2001 mit Reef Check e.V. im internationalen Riffschutz aktiv.

jenny.kruttschinna@reefcheck.de



Korallenriff im Roten Meer.



Die Natur braucht Schutz: Tsavo West National Park in Kenia.

Die Lebensversicherung behalten

Biodiversität ist für die Menschheit überlebenswichtig. KfW-Experte Stephan Opitz erläutert in einem Grundsatzessay, welche Lehren aus 30 Jahren Naturschutz-Finanzierung gezogen werden können.

Von Stephan Opitz

Wir wissen es längst – und unternehmen trotzdem zu wenig: Knapp jede Viertelstunde stirbt eine Art aus, geschätzte 100 am Tag, fast 700 in der Woche, mehr als 30 000 im Jahr. Dabei brauchen wir die Vielfalt heute mehr denn je. Denn sie bietet einer wachsenden Zahl an Menschen Nahrungsmittel, Baumaterialien, Energiequellen, Arzneimittel und vieles andere mehr.

Noch kann die Wissenschaft nicht genau beziffern, wie viele Arten für das Überleben des Menschen tatsächlich nötig sind, aber sie weiß, dass „viel gut ist“. Denn die Fülle wirkt wie eine Art Lebensversicherung. Versagt die eine Art, etwa wegen Trockenheit oder Hitze, übernimmt eine andere ihre Funktionen. Das fortgesetzte

Artensterben ist so, als kündigten wir jeden Tag aufs Neue unsere Lebensversicherung.

Weil der Verlust an Biodiversität weltweit beunruhigende Ausmaße angenommen hat, setzte sich die internationale Gemeinschaft 2010 – als Teil der Biodiversitätskonvention – die sogenannten „Aichi-Ziele“. Sie sehen vor, bis 2020 den Rückgang an natürlichen Lebensräumen zu halbieren, die Überfischung der Weltmeere zu stoppen sowie 17 Prozent der Landfläche und 10 Prozent der Meeresfläche unter Schutz zu stellen. Nach heutigem Stand werden die meisten dieser Ziele nicht erreicht. Deshalb haben die Mitglieder der Konvention bei ihrer letzten Sitzung Ende November in Ägypten noch einmal einen dringenden Appell an die Welt gerichtet, alle Anstrengungen zum Erhalt von Biodiversität auszuweiten und „zu beschleunigen“ (siehe Günter Mitlacher in der Debatte e-Paper E+Z/D+C 2019/01).

Dafür sind neben dem politischen Willen vor allem deutlich mehr Mittel und deren effizienterer Einsatz nötig. Laut Schätzungen besteht allein für die Aufrecht-

erhaltung der bestehenden Schutzgebiete in Entwicklungs- und Schwellenländern jährlich eine Finanzierungslücke von 1,3 Milliarden US-Dollar.

Genau hier hat die KfW viel Erfahrung. Sie engagiert sich seit über 30 Jahren im Naturschutz. Die Bank zählt mit einem Portfolio von mehr als 2 Milliarden Euro sogar zu den bedeutendsten internationalen Finanziers auf diesem Gebiet. Aus dieser langjährigen Arbeit haben wir fünf wichtige Lehren für die künftige Finanzierung von Naturschutz gezogen:

Die erste Lehre: Naturschutz funktioniert auf Dauer nur, wenn die Bevölkerung einen unmittelbaren Nutzen davon hat.

Ab Ende der 1980er Jahre stand überwiegend staatlicher Naturschutz in Partnerländern im Vordergrund der Förderung. Konkret waren das vor allem unterfinanzierte und schlecht ausgerüstete Verwaltungen von Nationalparks in den Ländern Subsahara-Afrikas. Dort wurden ihre Naturschätze weder geschützt noch nachhaltig bewirtschaftet. Sie hatten ihren Status nur auf dem Papier. Deshalb investierte die KfW häufig in die Infrastruktur der Parks und in bessere Ausrüstung ihrer Verwaltungen. Später kam die ländliche Entwicklung von Randzonen der Parks dazu, um die Unterstützung der

lokalen Bevölkerung zu erlangen. Denn man erkannte, dass sich langfristige Erfolge nur erzielen lassen, wenn für die Bevölkerung und für nationale Akteure Anreize bestehen, Biodiversität zu erhalten.

Die zweite Lehre: Es gilt, die laufenden Kosten von Naturschutzgebieten zu garantieren und für eine langfristige Finanzierung zu sorgen.

Ein Beispiel ist der Schutz des Regenwaldes im Amazonas-Gebiet, gekoppelt mit dem Erhalt indigener Lebensformen (siehe Carmen Josse, S. 18). Evaluierungen aus allen Regionen zeigten bald, dass sich die Finanzierung der Parks meist nur für die Dauer des Projektes sicherstellen ließ. Nach Abschluss der Investitionen stellte sich die Frage, wie der Schutz nachhaltig zu finanzieren sei. Vor allem im östlichen und südlichen Afrika verschärfte sich das Problem durch immer besser organisierte und zum Teil schwer bewaffnete Banden von Wilderern, die ganze Populationen etwa von Nashörnern oder Elefanten an den Rand der Ausrottung brachten. Es genügt also nicht, Schutzgebiete auszuweisen oder deren Management zu verbessern, selbst wenn die örtliche Bevölkerung beteiligt ist. Vielmehr gilt es, sich frühzeitig Gedanken darüber zu machen, wie Parks nachhaltig zu finanzieren sind.

Die dritte Lehre: Die öffentliche Hand kann die enormen Kosten für den Erhalt von Biodiversität nicht allein decken. Finanzierungsmodelle müssen private Mittel mobilisieren.

Vor diesem Hintergrund entwickelte die KfW zusammen mit anderen Akteuren ein neues Instrument, sogenannte „Conservation Trust Funds“. Gerade in Entwicklungs- und Schwellenländern, die mit begrenzten öffentlichen Mitteln den Betrieb der Schutzgebiete sicherstellen sollen, spielen diese Fonds eine wichtige Rolle. Sie haben meist die Form einer Stiftung, um aus den Erträgen des Stiftungsvermögens dauerhaft laufende Kosten zu bezahlen. Derzeit unterstützt die KfW im Auftrag der Bundesregierung den Aufbau und die Kapitalisierung von weltweit 18 solcher Fonds, die mehr als 200 Schutzgebiete finanzieren helfen. Beispiele reichen von Stiftungen, die regionale Schutzgebietssysteme wie den Amazonien-Fonds in Brasilien fördern, über Stiftungen mit nationalem Auftrag etwa in Madagaskar, bis zu grenzüberschreitenden Ansätzen

wie der „Trinationalen Sangha Stiftung“ im Kongobecken. In Zeiten negativer Zinsen stößt das Modell aber an seine Grenzen. Zum Teil mussten die Fonds zusätzliche Gelder einwerben. Das kann sich mit höheren Zinsen wieder ändern.

Die vierte Lehre: Der intelligente Einsatz öffentlicher Mittel kann private Kapitalgeber dazu bewegen, in neue Bereiche zu investieren.

Staatliche Gelder müssen am besten so eingesetzt werden, dass sie ihre Wirkung über andere Kanäle vervielfältigen. Eine Möglichkeit dafür liegt in der Kooperation mit der Privatwirtschaft, die ein wachsendes Interesse an intakter Natur hat. Erstens ist für Konsumenten Nachhaltigkeit zunehmend ein Kaufargument. Zweitens merken auch viele Firmen, dass sie auf die sogenannten Dienstleistungen der Natur angewiesen sind und, bei Nichtvorhandensein, immer höhere Kosten dafür selbst aufbringen müssen, etwa wenn Wasser knapp oder verschmutzt ist. Mit den natürlichen Grundlagen schonender umzugehen kann deshalb auch für sie ökonomisch interessant sein.

Um diesen Prozess zu unterstützen, hat die KfW im Auftrag der Bundesregierung den eco.business Fund gegründet, zusammen mit der Finanzinstitution Finance in Motion und der amerikanischen Nichtregierungsorganisation Conservation International. Sein Ziel ist es, innovative Unternehmen zu fördern, die nachhaltige Produkte und Verfahren entwickeln. Der Fonds vergibt dazu über lokale Finanzinstitute günstige Darlehen an die Unternehmen. Ihm gehören neben öffentlichen auch private Investoren und Nichtregierungsorganisationen (NGOs) an. Die privaten Investoren profitieren davon, dass die öffentlichen Geber den größten Teil des Risikos tragen. Bisher gibt es den Fonds in Costa Rica, Ecuador, El Salvador, Honduras, Kolumbien, Nicaragua und Panama. Die weitere Nachfrage ist groß. Die KfW arbeitet im Moment daran, das Modell auch nach Afrika zu übertragen, erste Finanzierungen sollen 2019 erfolgen.

Die fünfte Lehre: Die Zusammenarbeit mit NGOs kann die Arbeit mit Partnerregierungen im Naturschutz gut ergänzen.

NGOs haben meist aufgrund ihrer langjährigen Erfahrungen vor Ort viel fachliche Expertise. Ein Beispiel für diese Zusammenarbeit ist der Blue Action Fund, den die KfW,

wiederum im Auftrag und zusammen mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) vor gut zwei Jahren ins Leben gerufen hat (siehe Beitrag von Sabine Balk im Monitor E+Z/D+C e-Paper 2018/1). Das Besondere ist, dass der Fonds einerseits internationale NGOs wie den WWF oder Conservation International bei ihrer Arbeit im Küsten- und Meeresschutz unterstützt und andererseits eine weitere Kapitalisierung durch den Beitritt anderer Geber zulässt. Das ist inzwischen auch geschehen. Schweden und Frankreich sind dazugestoßen, weitere Länder sind interessiert.

Der Rückblick auf 30 Jahre Engagement im Naturschutz zeigt: Das klassische Fördermodell von Gebern mit Partnerländern wird weder dem Finanzbedarf noch der Komplexität des Themas gerecht. Um den Artenschwund aufzuhalten, müssen verschiedene Ansätze und Finanzierungsquellen gebündelt und gestärkt werden: Dafür braucht es eine Allianz von öffentlichen Gebern, Partnerregierungen, NGOs, Privatwirtschaft und Philanthropen. Vor wenigen Wochen hat etwa der schweizer-amerikanische Philanthrop Hansjörg Wyss angekündigt, in den kommenden zehn Jahren eine Milliarde US-Dollar für den Erhalt von Biodiversität zu spenden. Solche Mittel gilt es in von Entwicklungsbanken vorbereitete und strukturierte Naturschutzansätze zu integrieren, damit keine Doppelungen oder gegensätzliche Wirkungen entstehen. Die KfW als erfahrene Entwicklungsbank kann verschiedene Interessen und Möglichkeiten der öffentlichen und privaten Finanziers bündeln und durch neue Ansätze wie den eco.business Fund oder den Blue Action Fund skalieren.

Ein großer Schritt ist nötig in der Naturschutzfinanzierung. Andernfalls wird die Staatengemeinschaft bei der nächsten großen Überprüfungskonferenz 2020 in Peking vor allem feststellen, dass sich das Artensterben weiter beschleunigt hat und für ambitionierte Naturschutzziele der nächsten Dekade die Finanzierung fehlt. Das wäre verheerend.



STEPHAN OPITZ
ist Bereichsleiter in der KfW
Entwicklungsbank und dort
zuständig für Grundsätze und
Lateinamerika.

stephan.opitz@kfw.de



Landwirtschaft braucht fruchtbare Böden und Wasser – beides schwindet. Bauer vor ausge-trocknetem Feld im Senegal.

„Stärkster Antreiber ist der Klimawandel“

Das Erdsystem, die Umwelt und damit auch der Lebensraum der Menschen ändern sich dramatisch. Dirk Messner, Direktor des Instituts für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-EHS) und Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) erläutert, wo die größten Risiken liegen und welche globalen Transformationsprozesse nötig sind.

Dirk Messner im Interview mit Katja Dombrowski

Die Erde verändert sich so rasant wie nie zuvor. Beispielsweise sind laut dem World Wide Fund For Nature (WWF) die Wirbeltierbestände seit 1970 um rund 60 Prozent geschrumpft. Welche weiteren globalen Umweltveränderungen sind relevant?

Wichtige Veränderungen, die sich auch auf den Menschen auswirken, sind:

1. Der Verlust von fruchtbaren Böden und damit landwirtschaftlichen Flächen.

Dazu gehört die Ausdehnung der Steppen. Der Klimawandel spielt dabei eine zentrale Rolle, aber auch die unsachgemäße Landwirtschaft. Durch die wachsende Zahl der Menschen auf der Erde muss zudem die Lebensmittelproduktion gesteigert werden – das aber auf weniger Fläche als bisher.

2. Der Verlust von Wasserreserven. Das hat auch mit dem Klimawandel zu tun, mit der Abholzung von Wäldern und der landwirtschaftlichen Produktion. Die Ausdehnung der Städte spielt ebenfalls eine Rolle, denn Städte verbrauchen viel Wasser.

3. Der Verlust von Biodiversität. Wir erleben derzeit einen Artenschwund, der beispiellos ist, zumindest in der Geschichte der menschlichen Zivilisation seit der neolithischen Revolution vor gut 10 000 Jahren. Das wird sich auf die Resilienz der biologischen Systeme auswirken, auf Wasserkreisläufe, Überflutungen, Nahrungsmittelproduktion, also auch auf uns Menschen.

4. Die Ozeane. Wir reden viel über Plastik in den Meeren, das ist ein Symbol

dafür, dass die Ozeane stark überlastet sind. Auch dort schwindet die Biodiversität. Der Verlust von Fischen und anderen Meeres-tieren wirkt sich direkt auf die menschliche Ernährung aus. Der Klimawandel tut sein Übriges: Die Meere übersauern.

Und dann würde ich gern noch einen Punkt nennen: die endliche Verfügbarkeit von Phosphor. Sie stellt eine große Herausforderung für die landwirtschaftliche Produktion dar, denn die Vorräte schwinden, und es gibt bisher keinen Ersatz für dieses Düngemittel. Alles in allem bewegen wir uns auf die Grenzen des Erdsystems zu.

Sie haben jetzt viel von Verlust gesprochen. Sind denn alle zu beobachtenden Umweltveränderungen negativ, oder gibt es auch positive Entwicklungen?

Also, wenn Sie sich die Dynamiken angucken, sind die Entwicklungen enorm negativ. Globaler Umweltwandel kann natürlich dazu führen, dass etwa durch die Verschiebung von Klimazonen bestimmte trockene Gegenden mehr Wasser bekommen. Aber solche Einzelphänomene sollten nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Veränderungen unterm Strich sehr negativ sind. Wir müssen lernen, Wohlstand und Entwicklung von bald 10 Milliarden Menschen innerhalb der Grenzen des Erdsystems zu organisieren. Das ist eine der großen globalen Herausforderungen dieses Jahrhunderts.

Inwieweit hängen die angesprochenen Umweltveränderungen miteinander zusammen?

Das ist eine zentrale Frage, die direkt zum Klimaproblem führt. Stärkster Antreiber für viele der Veränderungen – Vermüllung durch Plastik ist eine Ausnahme – ist der Klimawandel. Wenn es uns da nicht gelingt, das Zwei-Grad-Ziel einzuhalten, werden von diesem Faktor die dramatischsten Veränderungen ausgehen. Die unterschiedlichen Dynamiken hängen miteinander zusammen. Ein Beispiel: Wenn die Erderwärmung steigt, ist die Amazonasregion zunehmend gefährdet. Dort könnte es zu Desertifikation kommen. Das wirkt sich auf Wasser, Böden, Ernährung und wahrscheinlich die Stabilität der lateinamerikanischen Gesellschaften aus. Oder die Gletscher und Eismassen der Pole: Ihr Abschmelzen wird dazu führen, dass weniger weiße Flächen den Planeten umgeben, die die Sonnenstrahlen zurück ins Weltall reflektieren und damit die Erwärmung reduzieren. Die schmelzenden Flächen verursachen also einen globalen Erwärmungseffekt, das ist der Albedo-Effekt. Es gibt Dutzende solcher Kaskaden- oder Dominoeffekte. Die globalen Umweltveränderungen sind untereinander vernetzt.

Wie viel von diesen Umweltveränderungen ist menschengemacht?

Der größte Teil dieser rasanten Dynamiken ist menschengemacht. Die Erde ist ein dynamisches System, das sich permanent verändert. Entscheidend ist, dass wir jetzt eine unglaubliche Beschleunigung erleben. In der letzten Eiszeit, die vor etwa 12 000 Jahren endete, war das Klimasystem um die drei Grad kühler als in der vorindustriellen Phase. Einen solchen Anstieg könnten wir jetzt in einem Jahrhundert erleben, wenn Klimaschutz versagt. An eine derartige Beschleunigung können sich die Biodiversität und Ökosysteme schlecht anpassen – es kommt zu disruptiven Veränderungen. Kipppunkte werden ausgelöst, deren Dynamiken auch viele Gesellschaften überfordern werden. Der Grund für die schnellen Veränderungen liegt in unserem Wirtschaftssystem, das noch immer sehr ressourcen- und emissionsintensiv ist und die Ökosysteme stark belastet. Zudem wächst die Weltbevölkerung, der Druck wird immer größer.

Was sind aus Ihrer Sicht die wichtigsten Ansatzpunkte, um die negativen Entwicklungen aufzuhalten?

Wir brauchen eine ganze Reihe von globalen Transformationsprozessen. Erstens müssen wir die Produktion auf Kreislaufwirtschaft umstellen, so dass Ressourcen nicht weiter aufgebraucht werden. Zweitens müssen wir Städte ressourcen- und klimaverträglich bauen. Ein wichtiger Faktor dabei ist die Mobilität, ein anderer Punkt sind die Baustoffe: Zement, Stahl und Glas sind sehr klimaschädlich. Drittens brauchen wir eine landwirtschaftliche Transformation und viertens eine weltweite Dekarbonisierung der Energiesysteme. Damit das alles bis etwa Mitte des Jahrhunderts gelingt, müssen wir in menschliche Entwicklung investieren, in Bildung, Gesundheit und den Zugang zu anderen grundlegenden Gütern. Und unsere Institutionen und Regierungssysteme müssen ihren Beitrag leisten.

Viele der angesprochenen Verluste betreffen uns Menschen existenziell. Was sind die größten Risiken?

Das größte Risiko ist der Klimawandel. Er ist der größte Treiber für viele andere Dynamiken. Wenn wir den Klimawandel nicht in den Griff bekommen, können wir vieles andere auch nicht lösen. Deshalb müssen wir ihn ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Das gelingt allerdings nur, wenn wir zugleich Themen sozialer Kohäsion und Gerechtigkeit angehen. Denn ansonsten bekommen wir nicht die nötige Legitimation für die anstehenden großen Veränderungen. Gesellschaften, Unternehmen, Individuen tun sich mit großen Veränderungen schwer.

Was ist unsere Verantwortung als Einzelne, und was ist die Verantwortung der Politik?

Zwei Gedanken dazu: Die große Transformation können wir als Individuen nicht im Alleingang herbeiführen. Dafür braucht man Regeln, da sind Staaten gefragt; die Wirtschaft muss umsteuern. Aber wir können als Bürger und Konsumenten Dinge richtig oder falsch machen. Mobilität ist zum Beispiel eine große Herausforderung. Ob wir wenig oder viele Ressourcen verbrauchen, mehr oder weniger Emissionen verantworten, liegt in unserer Hand. Es gibt kein Menschenrecht auf einen SUV oder auf Fernreisen per Flugzeug. Ein anderes Beispiel ist die Vernichtung von Nahrungsmitteln. Etwa 40 Prozent der Lebensmittel in Deutschland landen auf dem Müll. Die Verantwortung dafür kann der Staat uns nicht abnehmen, die trägt jeder selbst.

SUV fahren, Essensreste wegwerfen – das klingt nach Reiche-Welt-Problemen ...

Ja. Arme, die untere Hälfte der Weltbevölkerung, können generell individuell wenig dazu beitragen, den Umweltwandel zu stoppen. Sie sind die Opfer des Umweltwandels, die größten Leidtragenden, aber für die Verursachung kaum verantwortlich. Das ist die Ungerechtigkeit.

Es gibt ja bereits gute internationale Abkommen, um dem Umweltwandel entgegenzuwirken, etwa die Agenda 2030 mit den Sustainable Development Goals (SDGs) und den Pariser Klimavertrag. Würde es ausreichen, diese internationalen Vereinbarungen umzusetzen?

Was den Klimavertrag angeht, liegen dort im Augenblick Lösungen für nur 40 Prozent der Probleme auf dem Tisch – das Ambitionsniveau muss massiv gesteigert werden. Wenn es uns gelänge, die SDGs umzusetzen, hätten wir zwar nicht alle Fragen gelöst, aber einen enormen Schritt nach vorn gemacht. Allerdings ist die Realisierung noch nicht auf dem notwendigen Pfad. In dem Zusammenhang wird der UN-Nachhaltigkeitsgipfel im September in New York sehr wichtig sein. Zur Frage, ob das ausreicht: In der Agenda 2030 steht ja nicht, dass wir für alle ein Wohlstandsniveau wie, sagen wir mal, in Europa oder Costa Rica erreichen wollen. Es geht in vielen Bereichen lediglich um Minimalstandards, zum Beispiel um „decent work“. Die zu erreichen, wäre schon toll, aber nach 2030 muss es neue Ziele geben. Ähnliches gilt für den Klimavertrag: Wenn wir 1,5 Grad Erderwärmung einhalten würden, könnten wir das Schlimmste verhüten, mit zwei Grad wären aber schon Inselstaaten verschwunden. Und wenn der Klimawandel gestoppt würde, wovon wir noch weit entfernt sind, geht es weiterhin um die Stabilisierung des Erdsystems. Das bleibt eine Herkulesaufgabe für alle kommenden Generationen.



DIRK MESSNER
ist Direktor des Instituts für Umwelt und menschliche Sicherheit der Universität der Vereinten Nationen (UNU-

EHS) und Co-Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU).

messner@ehs.unu.edu

Von Müll überschwemmt

Die Welt ertrinkt im Müll. Laut der aktuellen Weltbank-Studie „What a Waste 2.0“ wird die Weltbevölkerung bis 2050 nach aktuellen Trends 3,4 Milliarden Tonnen kommunale Abfälle pro Jahr erzeugen, gegenüber 2,01 Milliarden Tonnen 2016.

Von Aviva Freudmann

Die Müllflut nimmt rapide zu. Vor sechs Jahren schätzte die erste Ausgabe von „What a Waste“ die weltweite Abfallproduktion auf 1,3 Milliarden Tonnen. Gründe für den Aufwärtstrend sehen die Autoren Silpa Kaza, Lisa Yao, Perinaz Bhada-Tata und Frank van Woerden im Wachstum von Städten, Einkommen und der Weltbevölkerung.

Feststoffabfall hat verschiedene Quellen. Lebensmittel und andere biologisch abbaubare Abfälle machen 44 Prozent der Gesamtmenge aus. Dicht dahinter liegen trockene Wertstoffe wie Kunststoff, Papier, Karton, Metall und Glas mit zusammen 38 Prozent. Der Rest umfasst Materialien wie Holz, Gummi und Leder.

Kunststoffabfälle sind eine besondere Herausforderung – und viel zu viel landet in den Ozeanen. „2016 erzeugte die Welt 242 Millionen Tonnen Kunststoffabfälle – zwölf Prozent aller kommunalen Feststoffabfälle“, heißt es im Bericht. „Im Gegensatz zu organischen Abfällen braucht Kunststoff in der Natur Hunderte bis Tausende von Jahren, um sich zu zersetzen.“ Diese Abfälle führen zu erheblichen Gesundheits- und Umweltschäden: „Kunststoffabfälle verstopfen Abflüsse und verursachen damit Überschwemmungen, ihre Verbrennung löst Atemwegsprobleme aus, ihr Konsum verkürzt die Lebenserwartung von Tieren, und wenn sie in Kanäle und Ozeane gelangen, verunreinigen sie Gewässer.“

Unter der Müllproblematik leiden vor allem einkommensschwache Länder, in denen Abfall kaum gesammelt und bewirtschaftet wird. Nur etwa 39 Prozent davon werden gesammelt, im Vergleich zu fast 100 Prozent in einkommensstarken Ländern. „Wilde Müllhalden sind in einkommensschwachen Ländern weit verbreitet, wo es noch keine Deponien gibt“, betonen



Plastikmüll an einem Flussufer in Dhaka, Bangladesch.

die Autoren. „Etwa 93 Prozent des [nicht eingesammelten] Abfalls wird verbrannt oder auf Straßen, Freiland oder Wasserwegen entsorgt.“ Laut Schätzungen der Weltbank werden diese Länder im Jahr 2050 dreimal mehr Müll erzeugen als heute.

Der Bau und die Nutzung von Deponien ist meist der erste Schritt zu einer nachhaltigen Lösung. In einkommensschwachen Ländern werden jedoch nur drei Prozent der Abfälle deponiert, in einkommensstarken Ländern sind es 39 Prozent. Recycling erfordert Infrastrukturinvestitionen. In Niedrigeinkommensländern macht es nur 3,7 Prozent der Müllentsorgung aus, verglichen mit 29 Prozent in einkommensstarken Ländern.

Diese Vergleiche zeigen mögliche Lösungen auf. Investitionen in die Infrastruktur für Sammlung, Recycling und Entsor-

gung seien wirtschaftlich sinnvoll, meinen die Autoren. Die Vorteile überwiegen die Kosten „einfacher, angemessener Abfallmanagementsysteme“ mehrfach. Darüber hinaus fordert die Studie eine Politik, die umfassende Abfallsammlung, mehr Recycling und sichere Entsorgungssysteme fördert. Die EU etwa will bis 2030 alle Kunststoffverpackungen recycelbar machen. Sie hat zehn Schlüsselindikatoren zur Fortschrittsüberwachung auf dem Weg zu einer recyclingorientierten „Kreislaufwirtschaft“ formuliert.

In Südkorea erfasst ein digitales Abfallinformationssystem Statistiken von der Entstehung bis zum Transport. Ein zweites System soll Abfall an der Quelle reduzieren. Entsorgungsbehälter für Lebensmittelabfälle werden mit Hilfe einer Karte mit personalisiertem RFID-Chip (Radio Frequency Identification) geöffnet. Behörden rechnen Haushalte damit nach der Menge ihrer deponierten Abfälle ab.

Andere politische Maßnahmen sind sozial orientiert, etwa bessere Bedingungen für sogenannte „Abfallsammler“ zu schaffen. Diese sortieren Müll und erleichtern damit elementares Recycling in Niedrigeinkommensländern. Ein Beispiel ist die Genossenschaft Recuperar in Medellín, Kolumbien. Ihre Müllsammler verdienen das Eineinhalbfache des Mindestlohns, sind kranken- und unfallversichert und haben Anspruch auf Kredite.

Ein gutes Müllmanagement erfordert eine umfassende Sicht auf die Lebenszyklen von Produkten und deren Komponenten. Produkte und Verpackungen sollten so konzipiert sein, dass sie Umweltschäden vermeiden. Politische Maßnahmen sollten der „Wegwerfmentalität“ entgegenwirken und das Bewusstsein für die ökologischen, gesundheitlichen und sozialen Auswirkungen unsachgemäßer Abfallwirtschaft fördern. Das würde helfen, die Müllflut einzudämmen, die den Planeten zu ersticken droht.

LINK

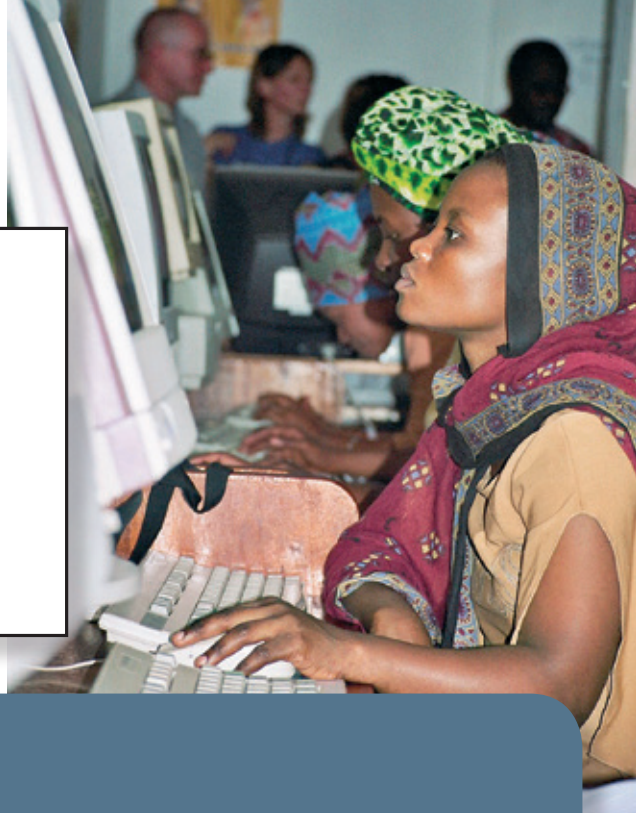
Weltbank, 2018: What a Waste 2.0. A Global Snapshot of Solid Waste Management to 2050. <https://openknowledge.worldbank.org/handle/10986/30317>



AVIVA FREUDMANN
ist freie Autorin mit Sitz in
Frankfurt.

Frankfurterin2009@gmx.de

Besuchen Sie
unsere Website
unter www.DandC.eu



◀ www.eundz.eu

E+Z ENTWICKLUNG
UND ZUSAMMENARBEIT

[Startseite](#) [Newsletter](#) [E+Z abonnieren](#) [Über uns](#) [Impressum](#) [English](#)

[DOSSIERS](#) [THEMENFELDER](#) [WELTREGIONEN](#) [RUBRIKEN](#) [AUTOREN](#) [ARCHIV](#) [BLOG](#)

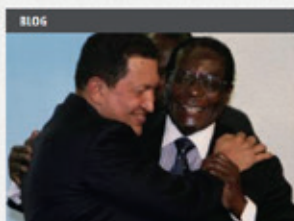
Suche

ENTWICKLUNGSFINANZIERUNG

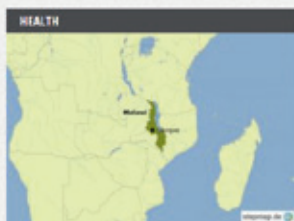
„Es liegt ein Marathon vor uns“



Aktuelles e-Paper



29.01.2019 – von Hans Dembercki
Left-wing populists cause



28.01.2019 – von Raphael Mweringwa
Specialised treatment for poor

Aktuelle Blog-Beiträge

- Blog will continue in our Opinion section
- Why sovereignty must be pooled

Folgen Sie uns

